



Gesellschaft für Einsteiger

I. Lösungen und Unterrichts Anregungen

AB 01 Was fällt dir ein?

Eine Reise durch die arbeitsteilige Gesellschaft

Das erste Arbeitsblatt soll dazu dienen, Unterscheidungsmerkmale zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft herauszuarbeiten und zu systematisieren. Zudem wird auf den Zusammenhang zwischen arbeits-teiliger Gesellschaft und wirtschaftlichen sowie sozialen Unterschieden aufmerksam gemacht. Weiterhin soll anhand von Einkommen und gesellschaftlichem Ansehen verdeutlicht werden, wie Beruf und soziale Stellung zusammenhängen.

1 Gesellschaft: Was ist das?

Beispiele für Unterscheidungsmerkmale:

Natürliche Merkmale: Alter, Geschlecht, Hautfarbe, ethnische Herkunft...

Wirtschaftliche Merkmale: Beruf, Einkommen, Eigentum, (Aus-)Bildungsniveau, „Rolle“ im Wirtschaftskreislauf (z.B. Unternehmer[☒] oder abhängig Beschäftigter[☒])...

Soziale Merkmale: Werte und Normen, (Sub)-Kultur, Religion/Glaubensgemeinschaft, Lebensstil, Wohnlagen, Konsumverhalten, Sprache...

2 Gesellschaft und Arbeitsteilung

— Zu den Aufgaben 1 und 2

Die letzte Verdienststrukturerhebung des Statistischen Bundesamtes enthält die Bruttojahres- und -monatsverdienste aus dem Jahr 2010 (veröffentlicht 2013).

➔ Lösung: siehe Schaubild AB 01/1: Bruttomonatsverdienste für ausgewählte Berufe 2010.

— Tipp: Die Entwicklung branchenspezifischer Löhne und Gehälter wird jährlich in den Statistischen Jahrbüchern veröffentlicht. Diese stehen online kostenfrei zur Verfügung unter: www.destatis.de

Zu beachten ist, dass diese Angaben immer nur Durchschnittswerte sind und die tatsächlichen Verdienste von verschiedenen Faktoren wie dem jeweiligen Tarifbezirk oder der Dauer der Beschäftigung abhängen.

Einkommen bestimmter Ämter und Positionen

Die Einkünfte von Politikern[☒] variieren stark: Bundestagsabgeordnete erhalten ab 2015 eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 9.082 Euro und eine Kostenpauschale (für Wahlkreisbüros und Wahlkreisbetreuung) von aktuell 4.204 Euro. Das Amt des Bundeskanzlers wird mit ca. 167 % der Besoldungsgruppe B11 vergütet. Das sind aktuell ohne Zuschläge ca. 21.472 Euro im Monat.

Bei Offizieren[☒] und Polizisten[☒] sind die Einkommen abhängig vom jeweiligen Dienstgrad. Ein Oberleutnant[☒] (Besoldungsgruppe A10) hat ein Grundgehalt von mindestens 2.704 Euro und ein Generalmajor[☒] (Besoldungsgruppe B7) hat ein Grundgehalt von etwa 9.432 Euro. Ein Polizeiobermeister[☒] (mittlerer Dienst) und ein Polizeioberkommissar[☒] (gehobener Dienst) der Bundespolizei haben ein Grundgehalt von mindestens 2.340 bzw. 2.704 Euro. Bei allen Beispielen kommen Orts- und Familienzuschläge hinzu.

www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete18/mbd_diaeten und <http://oeffentlicher-dienst.info>

Ausbildungs-Voraussetzungen für die vorgegebenen Berufe

Anwalt[☒] (•••): Abitur, Jura-Studium, Referendariat, Staatsexamen,

Befähigung zum Richteramt; Zulassung durch Anwaltskammer
Apotheker[☒] (•••): Abitur, Pharmazie-Studium, Staatsexamen, Approbation

Arzt[☒] (•••): Abitur, Medizin-Studium, Staatsexamen, Approbation, Facharzt Ausbildung

Bankangestellter[☒] / Sparkassenmitarbeiter[☒] (••): Mittlere Reife oder (Fach)-Abitur, ca. 3-jährige duale Ausbildung bei einer Bank und in der Berufsschule

Botschafter[☒] (•••): Höherer Dienst im Auswärtigen Amt: Abitur, Fachstudium, Karriere im diplomatischen Dienst, Ernennung durch den Bundespräsidenten[☒]

Beamter[☒] (••••): abhängig davon, ob Tätigkeit im einfachen, mittleren, gehobenen oder höheren Dienst

Briefträger[☒] (•): mindestens Hauptschulabschluss, 2-jährige duale Ausbildung; auch viele Ungelernte

Buchhändler[☒] (••): zumeist (Fach)-Abitur, 3-jährige duale Ausbildung, teilweise auch als Studium möglich

Dachdecker[☒] (•): Hauptschulabschluss, 3-jährige duale Ausbildung im Handwerksbetrieb und der Berufsschule

Direktor[☒] einer großen Firma: kein eigener Beruf

EDV-Sachbearbeiter[☒] (••): mindestens Mittlere Reife, zumeist duale kaufmännische Ausbildung mit Zusatzqualifizierung

(Berufs)-Feuerwehrmann[☒] (•••): Hauptschulabschluss und zumeist abgeschlossene Berufsausbildung, Vorbereitungsdienst zwischen 9 Monaten und 2 Jahren

Finanzbeamter[☒] (••): für den mittleren Dienst Mittlere Reife und für den gehobenen sowie höheren Dienst (Fach)-Abitur, Ausbildung entweder als duale Ausbildung oder Studium, je nach Laufbahn

Gewerkschaftsführer[☒] (••••): werden gewählt, zumeist Akademiker[☒]

Krankenpfleger[☒] (•••): Mittlere Reife oder erste Berufsausbildung

Ingenieur[☒] (•••): Abitur, naturwissenschaftliches oder technisches Studium

Journalist[☒] (•••): Abitur, Journalistik-Studium oder Besuch einer Journalistenschule, oftmals Volontariat

Lehrer[☒] (•••): Abitur, Studium, Referendariat, Staatsexamen; Studienzeit variiert nach Schulart

Manager[☒] (•••): Abitur, VWL- oder BWL-Studium, Spezialisierung je nach Branche

Mitarbeiter[☒] einer Werbeagentur (••••): überwiegend Abitur, duale oder rein schulische Ausbildung sowie Weiterqualifizierung möglich, Studium Kommunikationsdesign

Müllmann[☒] (•): mindestens Hauptschulabschluss, 3-jährige duale Ausbildung; auch viele Ungelernte

Offizier[☒] (•••): Abitur, militärische Ausbildung, Fachstudium, Beförderung

Pfarrer[☒] (•••): Abitur, Theologie-Studium, kircheninterne Ausbildung

Politiker[☒] (••••): werden gewählt, zumeist Akademiker[☒], hoher Beamtenanteil

Polizist[☒] (••••): für den mittleren Dienst Mittlere Reife mit 2,5-jähriger Ausbildung und für den gehobenen sowie höheren Dienst (Fach)-Abitur mit Ausbildung an Polizeihochschulen, 2- bzw. 3-jähriger Vorbereitungsdienst

Schaffner[☒] (•••): zumeist Mittlere Reife und Ausbildung in der Transport- und Verkehrsbranche; öfters auch Ungelernte

Steuerberater (•••••): zumeist eine Weiterbildung nach einem wirtschafts- oder rechtswissenschaftlichen Studium oder einer kaufmännischen Ausbildung, mehrjährige Berufserfahrung
Studienrat (•••): (Amtsbezeichnung für beamtete Lehrer an höheren bzw. weiterführenden Schulen) Abitur, Fachstudium mit Pädagogik-Teil, Staatsexamen, Referendariat
Telekom-Mitarbeiter (•••••): variiert stark nach Beruf
Unternehmer (•••••): abhängig von der Branche, prinzipiell kann jeder ein Gewerbe anmelden oder eine eigene Firma gründen; spezielle Regeln gelten für Berufe, die eine bestimmte Vorausbildung voraussetzen (z.B. Meisterzwang im Handwerk)

— **Tipp:** Informationen zu einer Vielzahl von Berufen bieten die BERUFENET-Info-Datenbank der Bundesagentur für Arbeit (<http://berufenet.arbeitsagentur.de>) und die Allensbacher Berufsprestigeskala (www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_reportsdocs/PD_2013_05.pdf).

➔ **Lösung:** siehe Schaubild AB 01/2: Die Allensbacher Berufsprestige-Skala 2013.

— Zusatzaufgabe

Bei der Auswertung von Aufgabe 2 kann auch thematisiert werden, welche Berufe die Schüler später erlernen wollen und warum sie sich für welchen Beruf entschieden haben. Zudem können auch die Ausbildungsvoraussetzungen für die jeweiligen „Traumberufe“ diskutiert werden.

AB 02 Wer gehört zu mir? Individuum und soziale Gruppen

1 Meine Gruppen und ich

— Zu den Aufgaben 1 und 2

Bei der Auswertung der Mind-Maps sollte darauf geachtet werden, dass die Schüler auch angeben, warum sie die jeweiligen Gruppen so angeordnet haben. Außerdem könnte diskutiert werden, ob es soziale Gruppen gibt, die zwar nah eingezeichnet wurden, bei denen die Nähe aber nicht unbedingt freiwillig ist. Dies berührt auch die Frage, ob nahestehende Gruppen zugleich auch die wichtigeren Gruppen sind oder ob es hier Unterschiede gibt. Lieblingsbands oder Lieblingsschauspieler gehören natürlich nicht zu den sozialen Gruppen, auch wenn sie für die Schüler wichtig sind.

2 Verschiedene Gruppen

Lösungen: A: Schulklasse; B: Fußballmannschaft; C: Verwandtschaft

Kategorien für soziale Gruppen (in Klammern Beispiele dazu):
Formelle Gruppe mit festen Strukturen (Verein mit Satzung und formaler Mitgliedschaft); informelle Gruppe (spontane Protestgruppe, die sich in der Fußgängerzone bildet); heterogene (= verschiedenartige) Gruppe (alle sind deutsche Staatsbürger, aber unterschiedlicher Herkunft; oder: Gesellschaft mit verschiedenen sozialen Schichten); homogene (gleichartige) Gruppe (Nachhilfegruppe: gleiches Fach, gleiche Klasse, gleicher Schultyp; oder: Untere Mittelschicht: soziale Gruppe, die in ihrer Stellung innerhalb einer Gesellschaft homogen ist); Gruppe mit losen Strukturen (Freizeitfußballmannschaft); offene Gruppe (Straßentheater, bei dem jeder mitmachen darf); geschlossene Gruppe (Therapiegruppe mit festen Mitgliedern); Bezugsgruppe mit hoher Bedeutung für den Einzelnen (eigene Clique)

— Zusatzaufgabe

Nach der Bearbeitung des Arbeitsblatts kann über die Frage diskutiert werden, wie soziale Gruppen das Verhalten des Einzelnen beeinflussen können. Stichworte können sein: Erwartungen, Erwartungsdruck, Gruppenzwang, Verhaltenskodex in Cliquen, Kleidungs- und Musikstile.

AB 03 Vater, Mutter, Kind? Geschlechterrollen und Familienformen

1 Verschiedene Formen des Zusammenlebens

Zu sehen sind: alleinerziehende Mutter (mit Säugling); muslimische Großfamilie; kinderloses Paar; Patchworkfamilie (mit Jugendlichen aus erster Ehe); Regenbogenfamilie (zwei Mütter), Seniorinnen (aus dem Altersheim).

Der Trend, dass Familien in Deutschland immer kleiner werden, hält weiterhin an. 2012 überwogen mit 53,5 % die Familien mit einem minderjährigen Kind (1996: 40%). Der Anteil der Familien mit zwei Kindern lag bei 36 % (1996: 44 %). Familien mit drei Kindern hatten einen Anteil von 8,4 % und Familien mit vier und mehr Kindern einen Anteil von 2,1 % (1996: 12,2 % und 3,8 %).

Auch die jeweilige Familienform hat sich gewandelt. 2012 wuchsen in Westdeutschland 78 % der Kinder bei verheirateten Eltern auf. In Ostdeutschland waren dies 56,9%. Zugenommen haben die Zahlen für Kinder, die bei unverheirateten Eltern aufwachsen (Westdeutschland 6,2 % und Ostdeutschland 18,3 %). Die Zahl der Alleinerziehenden lag in Westdeutschland bei 15,8 % und in Ostdeutschland bei 24,7 %.

Deutliche Unterschiede gibt es zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund im Hinblick auf die Anzahl der Kinder. Während 2011 der Anteil von Familien ohne Migrationshintergrund und einem Kind bei 43,7 % lag, waren es bei Familien mit Migrationshintergrund und einem Kind 36,9 %. Deutlich höher ist der Anteil von Familien mit Migrationshintergrund und mehr als zwei Kindern im Vergleich zu Familien ohne Migrationserfahrung (15 % zu 9 %).

Zugenommen haben in den letzten Jahren auch gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften. 2012 gab es, Schätzungen zufolge, 73.000 solcher Partnerschaften. Davon lebten etwa 41 % in eingetragenen Lebenspartnerschaften. (Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 2014, S. 57/58).

➔ **Zur Ergänzung:** siehe Schaubilder AB 03/1: Verteilung der Anzahl der Kinder in Familien und AB 03/2: Wo wachsen minderjährige Kinder auf?

— Zusatzaufgabe

Bei der Auswertung kann auch (behutsam) thematisiert werden, in welchen Lebens- und Familienformen die Schüler selbst aufwachsen.

2 Rollenverteilung

Die Aussagen **A** bis **E** basieren teilweise auf Fragen des DJI-Survey des Deutschen Jugendinstituts. Dort konnten sich Jugendliche zwischen 16 und 29 Jahren in ihren Antworten zwischen den Werten 1 (= stimme überhaupt nicht zu) und 6 (= stimme voll und ganz zu) entscheiden.

Insgesamt lassen die Ergebnisse dieser Umfragen den Schluss zu, dass traditionelle Rollenerwartungen abnehmen. Sowohl junge Männer als auch junge Frauen wünschen sich mehr Gleichberechtigung und haben zunehmend auf Gleichheit gerichtete Rollenvorstellungen. Dabei ist der Wunsch nach einer gleichberechtigten Rollenverteilung bei jungen Frauen noch immer stärker ausgeprägt als bei jungen Männern.

Bei der Diskussion sollte immer angesprochen werden, welches Rollenverständnis damit verbunden ist. Außerdem kann thematisiert werden, wie sich die Jugendlichen ihr zukünftiges Zusammenleben mit einem Partner oder die Rollenverteilung in ihrer eigenen Familie vorstellen und wie die aktuelle Situation in ihrer Familie ist.

Aussage A: Die meisten Jugendlichen lehnen diese Aussage ab. Zwischen 1992 und 2003 veränderten sich die Werte immer mehr hin zur Ablehnung: 2,9 (1992), 2,6 (1997) und 2,5 (2003). Nach dem Datenreport 2013 stimmten 2012 in Ostdeutschland 16 % und in Westdeutschland 29 % der Befragten einer solchen Aussage zu. 1982 waren es in Westdeutschland noch 70 % Prozent (vgl. Datenreport 2013, S. 388).

Aussage B: Obwohl das politisch mächtigste Amt in Deutschland seit 2005 von einer Frau wahrgenommen wird, sind Frauen in Führungspositionen noch unterrepräsentiert. Dies gilt für die Wirtschaft stärker als für die Bereiche Politik und öffentliche Verwaltung. So sind beispielsweise nur 230 von 631 Bundestagsabgeordneten weiblich (36,5 %). Nach Analysen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) lag 2012 der Anteil von Frauen bei den Vorstandssitzen bei 4 % und bei den Aufsichtsratsitzen bei 13 %. Begutachtet wurde die Situation in den 200 führenden deutschen Unternehmen. Nimmt man nur die DAX-30-Unternehmen, liegt der Frauenanteil bei den Vorständen bei 8 % und bei den Aufsichtsräten bei 19 %. Im Vergleich zu den letzten Jahren ist dies eine leichte Zunahme (vgl. DIW-Wochenbericht Nr. 3.2013). Der Anteil der Frauen in Führungspositionen hängt zudem mit der Größe des Unternehmens zusammen. Frauen gelingt es eher, in kleineren und mittleren Unternehmen Führungspositionen zu besetzen. Die Große Koalition einigte sich im November 2014 auf die Einführung einer Frauenquote ab 2016. Geplant ist ein Frauenanteil von 30 % in den Aufsichtsräten großer deutscher Unternehmen.

Aussage C: Der Bruttomonatsverdienst (mit Sonderzahlungen) eines Vollzeitbeschäftigten lag 2013 für Männer bei 4.033 Euro und für Frauen bei 3.253 Euro. Das Einkommensgefälle zwischen den Geschlechtern ist in den alten Bundesländern größer als in den neuen. Während in Westdeutschland ein Mann einen Stundenlohn von durchschnittlich 24,73 Euro bekommt, bekommt eine Frau 19,92 Euro. Der durchschnittliche Stundenlohn für Männer liegt in den neuen Bundesländern bei 16,99 Euro und für Frauen bei 16,09 Euro (vgl. Statistisches Jahrbuch 2014, S. 376).

➔ **Zur Ergänzung:** *Schaubild AB 03/3:* Branchenspezifische Bruttolöhne bei Frauen und Männern.

Aussage D: Diese Aussage dürfte bei den Jugendlichen überwiegend Zustimmung finden, da sich bei ihnen die Vorstellung von gleichberechtigter Rollenverteilung mehr und mehr durchsetzt.

Aussage E: Die Mehrheit der befragten Jugendlichen stimmt dieser Aussage zu. Die Mittelwerte lagen 1992 und 2003 bei 4,4 und 1997 bei 4,1. Noch deutlicher ist der Wunsch nach allgemeiner beruflicher Gleichstellung ausgeprägt. Auf einer Skala von 1 (= stimme überhaupt nicht zu) bis 10 (= stimme voll und ganz zu) lag der Mittelwert 1992 bei 8,6 und 2003 bei 8,8.

— **Tipp:** Eine ausführliche Analyse zum Rollenverständnis bei jungen Frauen und Männern liefert der folgende Aufsatz, dem auch die oben angegebenen Mittelwerte entnommen wurden: Martina Gille: „Wandel des Rollenverständnisses junger Frauen und Männer im Spannungsfeld von Familie und Beruf“ in: dies. (Hrsg.): Jugend in Ost und West seit der Wiedervereinigung. Ergebnisse aus dem replikativen Längsschnitt des DJI-Survey 4, Wiesbaden 2008, S. 173–210.

AB 04 Was machst du so? Freizeit und Freizeitverhalten

— Zu den Aufgaben 1 und 2

Beim Ausfüllen der Tabelle und der Gestaltung des persönlichen Freizeitdiagramms geht es nicht um minutengenaue Angaben, vielmehr sollte der Zeitaufwand geschätzt werden. Für Aktivitäten, die nicht täglich gemacht werden, kann der Tagesanteil heruntergerechnet werden (Wochenanteil durch sieben Tage teilen).

➔ **Zur Ergänzung:** *AB 04/1:* Non-mediale Freizeitaktivitäten 2014.

— Zu Aufgabe 3

Alle aufgeführten Merkmale beeinflussen das Freizeitverhalten von Jugendlichen. Da viele Freizeitaktivitäten mit Kosten verbunden sind, hat z.B. das Einkommen Einfluss auf die Freizeitgestaltung. Auch der

Wohnort spielt eine Rolle. In der Großstadt gibt es andere Möglichkeiten als in einem Dorf.

Besondere Erklärungskraft haben jedoch das Alter und die soziale Herkunft (Schichtzugehörigkeit). Bei der jüngsten Befragung der Shell-Jugendstudie 2010 stehen Freizeitsport, Computerspiele und kreative Aktivitäten an erster Stelle. Bei den Jugendlichen zwischen 15 und 17 Jahren sind es das Internet und Musikhören, während bei den 18- bis 21-Jährigen Diskobesuche und Treffen mit Freunden (gesellige Aspekte) im Vordergrund stehen. Bücherlesen und Kneipenbesuche sind Aktivitäten, die bei den 22- bis 25-Jährigen öfters genannt werden als in den anderen Altersgruppen. Zudem fällt bei den älteren Jugendlichen auf, dass sich deren Freizeitverhalten deutlich ausdifferenziert. Weiterhin spielt das Alter bei den unter 18-Jährigen auch eine Rolle, wenn es um Disko- oder Kneipenbesuche geht.

In der **16. Shell-Jugendstudie von 2010** werden die Jugendlichen in vier etwa gleichgroße Gruppen von Freizeittypen eingeteilt: kreative Freizeit-elite, gesellige Jugendliche, Medienfixierte und engagierte Jugendliche. Besonders auffällig ist dabei, dass fast die Hälfte der Jugendlichen aus der Unterschicht zur Gruppe der Medienfixierten zählen. Das Geschlecht spielt dahingehend eine gewisse Rolle, dass Jungen eher zur Gruppe der engagierten Jugendlichen und Medienfixierten gerechnet werden können als Mädchen (vgl. 16. Shell-Jugendstudie 2010: S. 96–100).

— Zusatzaufgabe

Seit den 1970er Jahren gab es immer wieder Personen (z.B. Wissenschaftler oder Politiker), die davon gesprochen haben, dass sich Deutschland hin zu einer Freizeitgesellschaft entwickeln werde.

- a) Verbindest du mit dem Begriff Freizeitgesellschaft eher
- weniger arbeiten müssen
 - mehr Zeit für die eigenen Hobbys und Interessen
 - mehr Spaß im Leben
 - mehr Lohn/Gehalt, um mehr Geld zum Ausgeben zu haben
 - mehr Urlaubs- und Feiertage im Jahr
 - Staat sollte Freizeitaktivitäten finanzieren?

b) Vergleicht eure Vorstellungen von diesem Begriff und sprecht in der Klasse darüber, ob ihr eine Entwicklung hin zu einer Freizeitgesellschaft für sinnvoll und/oder wünschenswert haltet.

Lösung: Mit dem Begriff Freizeitgesellschaft wird eine zukünftige Gesellschaftsformation beschrieben, in der das Individuum **weniger arbeiten** muss und daher **mehr Zeit für die individuelle Gestaltung** der Lebensführung hat, wenn zum Beispiel die Wochenarbeitszeit gekürzt wird. Bei einer **langfristigen Steigerung des Einkommensniveaus** einer Gesellschaft steht dann auch **mehr Geld für Freizeitaktivitäten** zur Verfügung.

AB 05 Was ist dir wichtig? Werte und Wertewandel

— Zu Aufgabe 1

Die Liste der Schüler kann bei der Auswertung mit den Ergebnissen aus dem DJI-Survey und der Shell-Studie verglichen werden. Die vorgegebenen Antwortmöglichkeiten beziehen sich auf den DJI-Survey. Die Shell-Jugendstudie und das DJI-Survey sind wegen unterschiedlicher Wertebegriffe und Fragestellungen nicht ganz vergleichbar. Für die Befragung der Schüler können auch die Begriffe aus der Shell-Studie verwendet werden.

➔ **Zur Ergänzung:** *siehe Schaubild AB 05/1:* Werteorientierung von Jugendlichen.

Wertebereiche

Selbstverwirklichung:

eigene Fähigkeiten entfalten; sich selbst verwirklichen; unabhängig sein (alle DJI-Survey) // eigenverantwortlich leben und handeln; seine Phantasie und Kreativität entwickeln; von anderen Menschen unabhängig sein (alle Shell-Jugendstudie)

Kritikfähigkeit:

durchsetzungsfähig sein; sich gegen Bevormundung wehren; kritisch sein (alle DJI-Survey) // sich bei Entscheidungen auch nach Gefühlen richten (Shell-Jugendstudie)

Verantwortungsbereitschaft:

anderen Menschen helfen; Rücksicht auf andere nehmen; Verantwortung für andere übernehmen (alle DJI-Survey) // sozial Benachteiligten und Randgruppen helfen; sich politisch engagieren; sich unter allen Umständen umweltbewusst verhalten (alle Shell-Jugendstudie)

Pflicht/Akzeptanz:

pflichtbewusst sein; sich anpassen (alle DJI-Survey) // Bedürfnisse auch gegenüber anderen durchsetzen; auch Meinungen tolerieren, denen man nicht zustimmen kann; am Althergebrachten festhalten (alle Shell-Jugendstudie)

Leistung:

etwas leisten; ehrgeizig sein (alle DJI-Survey) // fleißig und ehrgeizig sein; Macht und Einfluss haben (alle Shell-Jugendstudie)

Materialismus:

auf Sicherheit bedacht sein; ein hohes Einkommen anstreben (alle DJI-Survey) // nach Sicherheit streben; Gesetz und Ordnung respektieren; ein gutes Familienleben führen; einen Partner[♂] haben, dem man vertrauen kann; einen hohen Lebensstandard haben (alle Shell-Jugendstudie)

Hedonismus:

das Leben genießen; ein aufregendes, spannendes Leben führen; tun und lassen, was man will (alle DJI-Survey) // das Leben in vollen Zügen genießen (alle Shell-Jugendstudie)

Geselligkeit:

gute Freunde[♂] haben, die einen anerkennen; viele Kontakte zu anderen Menschen haben (alle Shell-Jugendstudie)

zusätzlich:

gesundheitsbewusst leben; an Gott glauben; das tun, was die anderen auch tun (alle Shell-Jugendstudie)

— Zu Aufgabe 2

Die Veränderung der Werteorientierung wird als Wertewandel bezeichnet, der sich über Jahrzehnte hinweg vollzieht. Insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in den Wohlstandsgesellschaften der westlichen Welt Werteverstärkungen beobachtet.

- Die Lehre vom Wertewandel wurde maßgeblich von Ronald Inglehart geprägt, der eine **Zunahme postmaterialistischer Werteorientierungen** prognostizierte.
- Negativer als Inglehart beurteilte Elisabeth Nölle-Neumann die vom Allensbacher Institut für Demoskopie gemessenen Werteverstärkungen, die ihrer Meinung nach eine **Abkehr von traditionellen bürgerlichen Tugenden (Pflichterfüllung, Leistung und Disziplin)** bedeuten.
- Von einem mehrdimensionalen Wertewandel geht Helmut Kluge in seiner Wertesynthesetheorie aus. Demnach muss der Bedeutungsgewinn bestimmter Werte nicht gleichsam einen Bedeutungsverlust anderer Werte nach sich ziehen. Vielmehr kann es auch zu einer **Wertesynthese** und **in der Bevölkerung zu Mischtypen** kommen. Werteverstärkungen sind nach Kluge zudem mehrdimensional auf der Ebene von Pflicht- und Akzeptanzwerten sowie von Selbstentfaltungswerten zu beobachten. Veränderungen können auch nur auf einer Ebene auftreten.

Seit den 1960er Jahren haben tendenziell postmaterialistische Werteorientierungen, die stärkere Akzente auf Selbstverwirklichung und hedonistische Lebensweise setzen, deutlich an Bedeutung gewonnen, während materialistische Werte und „bürgerliche“ Tugenden unwichtiger geworden sind. Unbeschadet von diesem allgemeinen langfristigen Trend wurden sowohl im DJI-Survey als auch in der Shell-Jugendstudie Befunde gemessen, die für einen Zuwachs an traditionellen Werten und bürgerlichen Tugenden sprechen, ohne dass postmaterialistische Werte an Bedeutung abnehmen. Auch Werte wie Hilfsbereitschaft und Verantwortung werden wichtiger (vgl. Grille, Martina: „Umkehr des Wertewandels?“ in: dies. (Hrsg.): Jugend in Ost und West seit der Wiedervereinigung. Ergebnisse aus dem replikativen Längsschnitt des DJI-Survey 4; Wiesbaden 2008, S. 166-168). Auch in den letzten Shell-Jugendstudien seit 2002 wurde eine Hinwendung zur Leistungs- und Pflichtorientierung festgestellt. Außerdem wurde ein Bedeutungszuwachs persönlicher Bindungen deutlich (16. Shell-Jugendstudie 2010: S. 194).

— Lösung zu Aufgabe 2

Wichtiger geworden (tendenziell) seit etwa 1960:

eigene Fähigkeiten entfalten; sich selbst verwirklichen; eigenverantwortlich leben und handeln; seine Phantasie und Kreativität entwickeln; unabhängig sein; durchsetzungsfähig sein; sich gegen Bevormundung wehren; kritisch sein; das Leben genießen; ein aufregendes, spannendes Leben führen; tun und lassen, was man will; gesundheitsbewusst leben; sich unter allen Umständen umweltbewusst verhalten

An Bedeutung verloren (tendenziell) seit etwa 1960:

pflichtbewusst sein; sich anpassen; etwas leisten; ehrgeizig sein; auf Sicherheit bedacht sein; ein hohes Einkommen anstreben; an Gott glauben; am Althergebrachten festhalten; Macht und Einfluss haben; Gesetz und Ordnung respektieren; ein gutes Familienleben führen; einen Partner[♂] haben, dem man vertrauen kann; einen hohen Lebensstandard haben

— Zu Aufgabe 3

Eine Grundannahme für den Wertewandel ist nach Ronald Inglehart die, dass Bedürfnisse des Einzelnen[♂], die er[♂] als erfüllt ansieht, in seiner Prioritätensetzung nach unten rutschen. Wer ausreichend Nahrung zur Verfügung hat und keinen Hunger leiden muss, für den ist es eine Selbstverständlichkeit, dass er sich keine Sorgen um ausreichende Nahrung machen muss. Wer immer in materiellem Wohlstand gelebt hat, wird sich weniger Sorgen machen, als jemand, der ständig in Geldnot lebt.

Der in den westlichen Industrieländern beobachtete Wertewandel vollzog sich auf der Grundlage eines steigenden Wohlstands (**gestiegene Einkommen**), der Entlastung des Individuums von materiellen Ängsten und psychischem Druck (**besserer Schutz vor Notlagen, friedlicheres Zusammenleben**) sowie größerer Entfaltungsmöglichkeiten (**mehr Freizeit, gesteigerte Mobilität, mehr und bessere Kommunikationsmöglichkeiten**) und erweiterter politischer Beteiligungschancen. Auch die Vereinfachung des täglichen Lebens durch **technische Entwicklungen** sowie ein **erhöhtes Bildungsniveau** führen zu Veränderungen der Werteorientierung der Einzelnen.

AB 06 Vom Tellerwäscher zum Millionär? Soziale Mobilität

Soziale Mobilität meint die Veränderung der sozio-ökonomischen Position von Personen, indem sie ihre soziale Position innerhalb der Gesellschaft verändern, was wiederum mit einer Veränderung ihrer wirtschaftlichen Situation (z.B. anderer Beruf mit einem höheren Einkommen) oder seltener: der machtpolitischen Situation zusammenhängt. Der Auf- bzw. Abstieg wird in der Regel an der sozialen Stellung und der wirtschaftlichen Situation der Eltern (meistens des Vaters) gemessen.

➔ **Zur Ergänzung:** siehe *Schaubilder AB 06/1*: Vererbungsrate und *AB 06/2*: Selbstrekutierungsrate.

Neben der im Arbeitsblatt bereits beschriebenen Unterscheidung nach vertikaler und horizontaler Mobilität unterscheidet man auch nach **Inter-generationsmobilität** und **Karrieremobilität** (Intragenerationsmobilität). Beim ersten Begriff vollzieht sich der soziale Aufstieg bzw. Abstieg über Generationen hinweg, während das zweite Phänomen den sozialen Aufstieg einer Einzelperson beschreibt. Allgemein gilt für Deutschland, dass die soziale Mobilität hier deutlich geringer als in anderen vergleichbaren Ländern ist. Dies hat auch mit einem geringeren Grad an Chancengleichheit zu tun, dem sich **AB 07** zuwendet.

Das Schlagwort „Vom Tellerwäscher zum Millionär“ bezeichnet die radikalste Form der sozialen Mobilität, nämlich den Aufstieg von ganz unten nach ganz oben; meist durch das eigene wirtschaftliche Handeln. Auch Fernsehsendungen wie „Wer wird Millionär“, „Das Supertalent“ oder „Deutschland sucht den Superstar“ greifen den in der Bevölkerung wohl weit verbreiteten Traum vom (schnellen) sozialen Aufstieg auf. Auch das Schlagwort „reich heiraten“ basiert auf dieser Sehnsucht. Tatsächlich können Heirat, Erbschaft oder auch ein Lottogewinn die wirtschaftliche Situation dahingehend verändern, dass es zu einem sozialen Aufstieg kommt.

Dabei kann soziale Mobilität auch kleine soziale Aufstiege und Abstiege bezeichnen. Anhand des Schaubildes von **AB 12** kann dies sehr gut verdeutlicht werden.

Beispiele für den Aufstieg sind:

- ein Lehrer[☺] wird in das Kultusministerium versetzt und schafft es dort zum Abteilungsleiter[☺] (von der mittleren in die höhere Dienstleistungsschicht)
- ein Facharbeiter[☺] macht sich selbständig (von der Facharbeiter-Schicht in den selbständigen Mittelstand)
- ein Maurer[☺] engagiert sich politisch und wird in den Bundestag gewählt (von der ausführenden Dienstleistungsschicht in die Machtelite)

— Zu Aufgabe 1a

- Bild 1:** Gerhard Schröder (geb. 1944) / Lebenslauf E
Bild 2: Jérôme Boateng (geb. 1988) / Lebenslauf D
Bild 3: Shermin Langhoff (geb. 1969) / Lebenslauf B
Bild 4: Margarete Steiff (1847–1909) / Lebenslauf C
Bild 5: Martin Winterkorn (geb. 1947) / Lebenslauf A

— Zu Aufgabe 1b

Bei Gerhard Schröder, Martin Winterkorn und Shermin Langhoff ist die Bildung der entscheidende Faktor für den sozialen Aufstieg. Jérôme Boateng verfügt über ein besonderes Talent (Fußball). Bei Margarete Steiff war es die Idee, Stofftiere zu fertigen und ihr **guter Geschäftssinn**, die sie zu einer erfolgreichen Unternehmerin werden ließen. Für alle sozialen Aufsteiger[☺] gilt, dass sie den festen Willen hatten, sich eine bessere soziale Position zu erarbeiten.

— Zu Aufgabe 1c

Zentrale Eigenschaft von sozialen Aufsteigern[☺] ist eine **höhere Bildung** als die der Eltern. Dies hängt einerseits vom Bildungssystem ab (**Förderung von Chancengleichheit**) sowie von der **frühkindlichen Erziehung** und Förderung, aber andererseits auch von der **Unterstützung durch das Elternhaus** und vom **eigenen Willen** (Fleiß, Disziplin, Leistungsbereitschaft, Zielstrebigkeit). Zum Bildungsbereich gehört auch die **Bereitschaft zur Fort- und Weiterbildung** (lebenslanges Lernen). Die besondere Bedeutung von Bildung (Wissensgesellschaft) wird separat in **AB 20** thematisiert. Da soziale Veränderungen auch durch wirtschaftliche Veränderungen (z.B. Strukturwandel) ausgelöst werden, gehört auch **Anpassungsfähigkeit und Flexibilität** zu möglichen Eigenschaften. Weiterhin sollte man seine **eigenen Stärken** (z.B. Talent) kennen und besonders hervorheben und fördern.

— Zu Aufgabe 2

Die Liste der sozialen Aufsteiger[☺] kann für die Abstimmung über die vorgegebenen Beispiele hinaus erweitert werden. Es gibt eine Vielzahl von Beispielen u.a.: Joschka Fischer, Michael Hirte, Cem Özdemir, Franck Ribery, Joanne K. Rowling, Muhammed Ali, Aristoteles Onassis, Baby Halder. Beispiele für erfolgreiche Unternehmerwitwen sind Friede Springer (ursprünglich Kindermädchen) oder Liz Mohn (ursprünglich Sekretärin). Auch die Schüler[☺] können einbezogen werden und Persönlichkeiten vorschlagen.

Für zusätzliche Beispiele sollte den Schülern[☺] jeweils ein kurzer, stichpunktartiger Lebenslauf vorgestellt werden wie bei den Personen auf dem Arbeitsblatt. Das Erstellen der Lebensläufe kann im Unterricht auch als Gruppenarbeit gemacht werden.

— **Tip:** Die Informationen zu den einzelnen Personen, die im Internet zu finden sind, dürften hierzu ausreichend sein.

— Zu Aufgabe 3

Die bei der Klärung des Begriffs soziale Mobilität gemachten Ausführungen sowie die Inhalte von Aufgabe 1 sollten als Grundlage für den eigenen Aufstiegsplan dienen. Die Spannweite kann dabei von Aufstieg durch Bildung bis hin zu Aufstieg als Gewinner[☺] von „Deutschland sucht den Superstar“ reichen. In der Auswertung sollte angesprochen werden, welcher Plan nicht nur gut und spektakulär klingt, sondern welcher am erfolgversprechendsten und nachhaltigsten ist.

Die Aufstiegspläne sollten stichpunktartig anonym auf einem DIN A4-Blatt verfasst werden. Diese werden dann eingesammelt und gemischt, sodass nicht ersichtlich wird, wer welchen Plan geschrieben hat. Nachdem alle vorgelesen wurden, kann die Klasse abstimmen.

AB 07 Wer wird hier benachteiligt? Diskriminierung und Chancengleichheit

— Zu Aufgabe 1

Zu den einzelnen Merkmalen gibt es eine Fülle von Beispielen. Wichtig ist, dass Diskriminierung nicht nur im Beruf auftreten kann, sondern auch immer wieder im Alltag deutlich wird. Bei der Auswertung der Tabelle kann auch auf Beispiele eingegangen werden, die die Schüler[☺] aus ihrem Alltag kennen oder selbst erlebt haben.

➔ **Lösung:** siehe *Schaubild AB 07/1*: Beispiele für Diskriminierungen im Alltag.

— **Tip:** Zwei weitere Bereiche der Diskriminierungsverbote finden sich im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, welches auf Grundlage verschiedener Nicht-Diskriminierungs- und Gleichbehandlungsrichtlinien der EU 2006 beschlossen wurde. Diese Bereiche sind **Alter** und **sexuelle Orientierung**.

— Zu Aufgabe 2

Lösung zu den Aussagen:

A: stimmt / B: stimmt nicht / C: stimmt nicht / D: stimmt

➔ **Zur Ergänzung:** siehe *Schaubilder AB 07/2*: Anteil von Schülern[☺] nach höchstem Bildungsabschluss in der Familie je Schulart, *AB 07/3*: Anteil von Schülern[☺], die von einer Risikolage betroffen sind je Schulart und *AB 07/4*: Anteil von Schülern[☺] mit Migrationshintergrund je Schulart.

Die Erkenntnis aus den IGLU-Studien, dass Lehrer[☺] (bei gleichen schulischen Leistungen) ein Kind aus der Oberschicht zu einem höheren Prozentsatz für den Besuch eines Gymnasiums empfehlen als ein Arbeiterkind, wurde von Medien und Wissenschaftlern[☺] kritisch kommentiert.

Ansätze zur staatlichen Förderung von Chancengleichheit

im Bildungssystem sind beispielsweise:

- Abschaffung von Studiengebühren
- Lernmittelfreiheit
- BAföG für Studenten und Schüler
- Meister-BAföG
- kostenlose Schulbusse
- Oberstufenzentren
- Gesamtschulen und Gesamthochschulen
- Ganztagschulen und
- ausreichende Möglichkeiten für einen zweiten Bildungsweg.

Auch das Angebot von Bildungskrediten und Stipendienprogrammen kann Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten helfen. So soll das Bildungspaket (www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/a857b-bildungspaket-broschuere.html) für Kindern aus sozial benachteiligten Familien für mehr Bildungsgerechtigkeit sorgen. Denkbar wäre auch eine Mindestquote für Abiturienten oder Studenten aus bildungsfernen Schichten. Angesetzt werden könnte auch bei der frühkindlichen Erziehung (Kindergartenplatz für alle; Sprachförderung im Kindergarten).

Der Einzelne muss die staatlichen Angebote annehmen. Eltern beispielsweise sollten die Betreuungsangebote nutzen. Wichtig ist auch die Einsicht in die Notwendigkeit lebenslangen Lernens. Bezug genommen werden kann auch auf die Eigenschaften und Fähigkeiten, die bei AB 06 eine Rolle gespielt haben.

— **Tipp:** Bildungsbericht für Deutschland 2014 (www.bildungsbericht.de)

Durch spezielle Förderung (Bildungskredite, Stipendien, Bildungsgutscheine) kann die Situation von Jugendlichen aus sozial benachteiligten und bildungsfernen Schichten verbessert werden. Seit 2012 gibt es in Deutschland das so genannte Bildungspaket. Kinder und Jugendliche aus bedürftigen Familien können dadurch finanzielle Unterstützung für Bildung und gesellschaftliche Teilhabe (Klassenfahrten, Lernförderung, Schülerbeförderung, Schulmittagessen) erhalten.

AB 08 Keiner bleibt zurück?

Inklusion in Schule und Gesellschaft (1)

— Zu Aufgabe 1

Reihenfolge der Schaubilder von links nach rechts:
Separation (Trennen) – Inklusion – Exklusion – Integration

— Zu Aufgabe 2

Zu sehen sind verschiedene Minderheiten: Menschen mit Behinderung (Rollstuhlfahrerin), religiöse Minderheit (Muslime), Menschen mit anderer Herkunft (Afro-Amerikaner), politische Minderheit (Punk). (Soziale) Inklusion meint, dass alle Mitglieder einer Gesellschaft die Möglichkeit haben, vollumfänglich am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und dass alle Mitglieder einer Gesellschaft in ihrer Individualität akzeptiert werden. Der Umgang mit Minderheiten ist ein Gradmesser für jede demokratische Gesellschaft. Die Stichworte Menschenwürde, Gleichheit und Freiheit verweisen darauf, dass sich Chancengleichheit und die Integration von Minderheiten aus den Menschen- und Grundrechten ableiten.

— Zu Aufgabe 3

In der UN-Behindertenkonvention sind geregelt: aktives und passives Wahlrecht, Inklusion als Thema der internationalen Zusammenarbeit, Schutz vor Diskriminierung (z.B. auf dem Arbeitsmarkt), Unabhängigkeit und selbstbestimmte Lebensführung).

AB 09 Alle gemeinsam?

Inklusion in Schule und Gesellschaft (2)

— Zu Aufgabe 1

— Pro Inklusion im Schulsystem

- Schule als Spiegelbild gesellschaftlicher Vielfalt
- Schule als Übungsraum für Toleranz, soziale Kompetenz und Demokratie
- Wegfall von Doppelstrukturen (keine Sonder- und Förderschulen mehr)
- Inklusion ist Menschenrecht
- Freie Schulwahl für Eltern und Kinder

weitere Argumente:

- Leistungsschwächere Schüler können von leistungsstärkeren profitieren
- Stärkung der sozialen Kompetenz von Lehrern

— Contra Inklusion im Schulsystem

- Geringe Gefahr für Mobbing und Ausgrenzung
- Sonder- und Förderschulen, die auf Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung zugeschnitten sind
- Chancengleichheit auch im differenzierten Schulsystem
- Bessere individuelle Förderung durch extra ausgebildete Pädagogen
- Gemeinsames Lernen mit Leistungsstärkeren kann zu negativen Erfahrungen führen

weitere Argumente:

- homogene (Lern-) Gruppen
- geringeres Lerntempo für die gesamte Klasse

— Zu Aufgabe 2

Mögliche Beispiele für Exklusion von Menschen ohne Behinderung:

- Sprachprobleme von Flüchtlingen und Asylbewerbern (z.B. bei Behörden)
- Teilnahme an Wahlen nur für deutsche Staatsbürger bzw. EU-Staatsbürger (bei Kommunalwahlen); separate Wahl von Ausländer- und Migrationsbeiräten
- keine Mitgliedschaft in einem Sportverein oder kein Besuch einer Musikschule, weil in der Familie das Geld knapp ist
- keine Teilnahme an schulischen Zusatzveranstaltungen (Theaterbesuch, Aufenthalt im Schullandheim, Ski-Freizeit), weil in der Familie das Geld knapp ist
- Ablehnung als Mieter, weil der Name nicht deutsch klingt

— Zu Aufgabe 3

Mögliche Maßnahmen an der Schule könnten sein:

- Barrierefreiheit (z.B. behindertengerechte Zugänge zur Schule und den Klassenzimmern oder Webseiten barrierefrei gestalten)
- Orientierung im Schulhaus mit Farben und Symbolen statt mit Abkürzungen und Beschriftungen
- Patenschaften innerhalb der Schule (z.B. zwischen älteren und jüngeren oder leistungsstarken und leistungsschwächeren Schülern)
- Kuchenbasare oder Flohmärkte, um mit den Einnahmen allen die Teilnahme an Zusatzangeboten zu ermöglichen
- gemeinsame Projekte (Theater-AG, Projekttag) und Schulveranstaltungen (Sommer- oder Sportfest) zwischen verschiedenen Schulen
- zusätzliches Personal (Schulsozialarbeiter)
- gesunde und kostengünstige Pausenversorgung (eigener Schulgarten) und gemeinsames Mittagessen (Mensa)
- Ganztagschul-Modell (gemeinsame Aktivitäten auch am Nachmittag)

AB 10 Wer tummelt sich wo? Soziale Milieus in Deutschland (1)

„Soziale Milieus“ sind eine spezielle Möglichkeit, die soziale und kulturelle Vielfalt (Werteorientierung, Lebensstile, Verhaltensformen, Lebensentwürfe) einer Gesellschaft zu verdeutlichen. Hier wird nicht ausschließlich nach objektiven Merkmalen (Beruf, Einkommen) wie beim Schichtmodell (AB 12) eingeteilt, sondern auch nach kulturellen Merkmalen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen. Daraus ergibt sich ein mehrdimensionales Bild einer Sozialstruktur, welches sich entlang der sozialen Lagen und der Grundorientierung gesellschaftlicher Gruppen ausrichtet.

Besonders bekannt sind die **Sinus-Milieus**, die ursprünglich für die Konsum- und Marktforschung entwickelt und später von den Sozialwissenschaften übernommen wurden. Dass sich die sozialen Milieus, bedingt durch den sozialen Wandel (AB 13), verändern, zeigt die regelmäßige Aktualisierung der Sinus-Milieus (zuletzt im Sommer 2014).

— **Tipp:** Eine Übersicht zu den sozialen Milieus bei Jugendlichen und eine ausführliche Beschreibung der Milieus findet sich in dem Buch „Wie ticken Jugendliche?“ Verlag Haus Altenberg, 2012.

— Zu Aufgabe 1

Richtige Zuordnung:

Jasmin: experimentalistische Hedonisten (E); Marco: prekäre Jugendliche (C); Nadine: adaptiv-pragmatische Jugendliche (B); Philipp: konservativ-bürgerliche Jugendliche (A); Jenny: materialistische Hedonisten (D); Jonas: sozialökologische Jugendliche (F); Julia: expeditiv Jugendliche (G)

— Zu Aufgabe 2

Die Schüler sollten sich alle sieben Beschreibungen genau durchlesen und dann entscheiden, mit welchem Jugendlichen sie ihre eigene Lebenssituation vergleichen können. Es gibt nicht darum, welches Leben sie „am coolsten“ finden, sondern um den Vergleich mit ihren eigenen gegenwärtigen Lebensumständen.

— **Tipp:** Weitere Informationen zu den einzelnen Milieus finden sich unter: www.sinus-institut.de/loesungen/sinus-milieus.html

AB 11 Wer wohnt denn hier? Soziale Milieus in Deutschland (2)

— Zu Aufgabe 3

Richtige Zuordnung:

Hedonistisches Milieu (oben links); Prekäres Milieu (unten links); Milieu der Performer (oben rechts); Adaptiv-pragmatisches Milieu (unten rechts)

➔ **Zur Ergänzung:** siehe *Schaubild AB 11/1*: Die Sinus-Milieus in Deutschland 2014.

— Zu Aufgabe 4

— **Tipp:** Weitere Anregungen zur Collagengestaltung finden sich unter: www.sinus-institut.de/uploads/tx_mpdownloadcenter/Stern-Artikel_Ausgabe_230709.pdf (Wahlverhalten und Wohnzimmer verschiedener Milieus, Stand 2009) und unter: www.sinus-institut.de/loesungen/sinus-milieus.html (Beschreibung der einzelnen Milieus).

Für die Collage können auch Werbeprospekte von Einrichtungshäusern und Baumärkten sowie Kataloge von Versandhäusern genutzt werden. Sollten die Fotos und Abbildungen nicht ausreichen, können zusätzlich verschiedene Elemente gezeichnet werden. Je nach Klassengröße können auch weitere Milieus hinzugenommen werden, damit die Gruppen nicht zu groß werden. Die fertigen Collagen können dann in der Schule unter dem Motto „So leben wir in Deutschland“ ausgestellt werden.

AB 12 Schicht um Schicht: Soziale Schichten und Sozialstruktur

In der Shell-Jugendstudie 2010 werden die Jugendlichen grob in Schichten eingeteilt. Dieser Unterteilung liegen neben dem Schulabschluss des Vaters (teilweise auch der Mutter) und der Selbsteinschätzung der eigenen finanziellen Situation auch die Wohnsituation der Eltern sowie die geschätzte Anzahl der Bücher im Elternhaus zu Grunde.

Bei der Bearbeitung von AB 12 können diese Kriterien genutzt werden, um eine Selbsteinschätzung bezüglich der Schichtzugehörigkeit abzufragen. Diese kann dann mit den Ergebnissen der Tabelle verglichen werden.

➔ **Lösung:** siehe *Schaubild AB 12/1*: Soziale Schichtung der westdeutschen Bevölkerung 2012 (nach Rainer Geißler).

— Soziale Schichtzugehörigkeit von Jugendlichen zwischen 12 und 25 Jahren (Angaben in Prozent)

	— 2002	— 2006	— 2010
Unterschicht	10	11	10
Untere Mittelschicht	25	23	24
Mittelschicht	30	30	30
Obere Mittelschicht	22	24	22
Oberschicht	12	12	14

— **Quelle:** 16. Shell-Jugendstudie 2010, S. 56

— Zu Aufgabe 1b

Zuordnung der Berufe zu den jeweiligen Schichten:

Anwalt: obere Dienstklasse

Apotheker: obere Dienstklasse

Arzt: obere Dienstklasse

Bankangestellter: mittlere Dienstklasse

Botschafter: höhere Dienstklasse

Beamter: gelernte Dienstleister, mittlere und höhere Dienstklasse

Briefträger: un-/angelernte und gelernte Dienstleister

Buchhändler: gelernte Dienstleister

Dachdecker: Facharbeiter

Direktor einer großen Firma: obere Dienstklasse und Eliten

EDV-Sachbearbeiter: gelernte Dienstleister

Feuerwehrmann (nicht ehrenamtlich): gelernte Dienstleister und mittlere Dienstklasse

Finanzbeamter: gelernte Dienstleister und mittlere Dienstklasse

Gewerkschaftsführer: Eliten

Ingenieur: mittlere und obere Dienstklasse

Journalist: mittlere und obere Dienstklasse

Krankenpfleger: un-/angelernte und gelernte Dienstleister

Lehrer: mittlere und obere Dienstklasse

Manager: obere Dienstklasse (Spitzenmanager: Eliten)

Mitarbeiter einer Werbeagentur: mittlere und obere Dienstklasse

Müllmann: un-/angelernte und gelernte Dienstleister

Offizier: mittlere und obere Dienstklasse (als General: Eliten)

Pfarrer: höhere Dienstklasse

Politiker: Eliten (Landes- und Bundesebene)

Polizist: mittlere und obere Dienstklasse

Schaffner: gelernte Dienstleister

Steuerberater: mittlere und obere Dienstklasse

Studienrat: obere Dienstklasse

Telekom-Mitarbeiter: un-/angelernte und gelernte Dienstleister sowie Facharbeiter

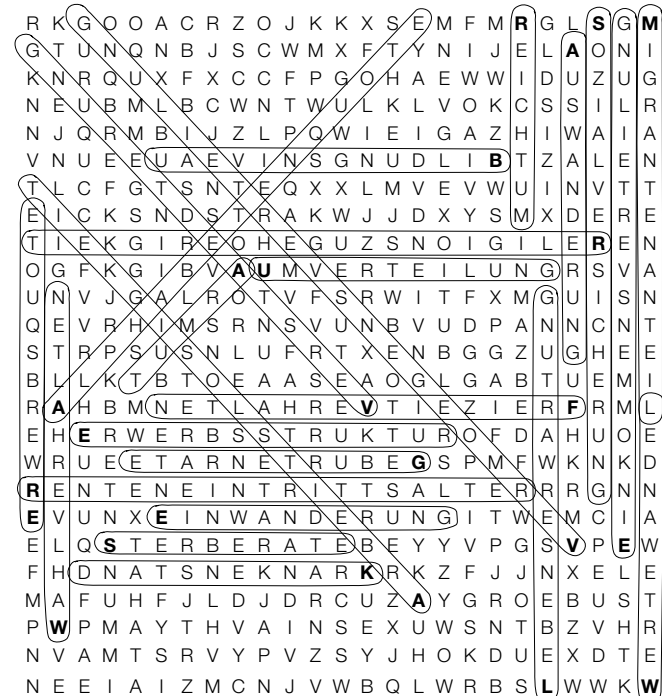
Unternehmer: mittlerer und oberer Mittelstand

Bei der Zuordnung kann es im Berufsalltag (z.B. Dienstal) zu unterschiedlichen Zuordnungen kommen. Daher handelt es sich bei den Vorgaben nur um Tendenzen.

AB 13 Was passiert denn da?

Sozialer Wandel

— Zu Aufgabe 1



— Zu Aufgabe 2

Lösungsvorschlag: *siehe Schaubild AB 13/1*: Auswirkungen des Sozialen Wandels.

— Zu Aufgabe 3

— *Tip*: Das Glossar kann mit Hilfe der Online-Lexika der bpb erstellt werden: www.bpb.de/nachschlagen/lexika

Glossar

ALPHABETENQUOTE: Prozentualer Anteil der Menschen einer Gesellschaft, die lesen und schreiben können.

ARBEITSLOSIGKEIT: Fehlen bezahlter Arbeitsplätze für Personen, die erwerbsfähig sind.

ARMUT: Bezeichnet allgemein einen Mangel an lebenswichtigen Gütern (absolute Armut) bzw. das Leben unterhalb eines bestimmten sozio-kulturellen Existenzminimums (relative Armut)

AUSWANDERUNG: Dauerhaftes Verlassen des Heimatlandes aus persönlichen, politischen, religiösen oder wirtschaftlichen Gründen

BILDUNGSNIVEAU: Bildungsstand einer Gesellschaft; wird gemessen am jeweiligen Bevölkerungsanteil, der einen Schul-, Berufs- oder Hochschulabschluss hat

EINKOMMENSVERTEILUNG: Aufteilung des Einkommens auf die Bevölkerung; wird gemessen am Anteil bestimmter gesellschaftlicher Gruppen am Gesamteinkommen und gibt Aufschluss über die soziale Ungleichheit einer Gesellschaft

EINWANDERUNG: Dauerhaftes Sesshaftwerden in einem anderen Land aus persönlichen, aber auch aus politischen, religiösen oder wirtschaftlichen Gründen

ERWERBSQUOTE: Anteil der Erwerbspersonen („Berufstätigen“) an der Gesamtbevölkerung

ERWERBSSTRUKTUR: Gibt an, in welchen Wirtschaftssektoren und -branchen die Menschen arbeiten

FREIZEITVERHALTEN: Summe aller Aktivitäten des Einzelnen in seiner Freizeit

GEBURTENRATE: am häufigsten: die durchschnittliche Geburtenzahl pro Frau; seltener: die Anzahl der Neugeborenen eines Landes pro Jahr bezogen auf 1.000 Einwohner

KRAKENSTAND: krankheitsbedingte Fehlzeiten Beschäftigter; statistisch als Krankheitstage pro Beschäftigtem in einem Jahr angegeben

LEBENSERWARTUNG: durchschnittlich zu erwartendes Lebensalter von Personen eines Landes; oftmals getrennt nach Männern und Frauen

MIGRANTENANTEIL: Anteil der Personen mit Migrationshintergrund (z.B. zugewanderte oder hier geborene Ausländer; Eingebürgerte; Spätaussiedler) an der Gesamtbevölkerung. Der Migrantenanteil ist etwa doppelt so hoch wie der Ausländeranteil.

REICHTUM: Überfluss (hohe Verfügbarkeit) an materiellen Dingen wie Geld oder Eigentum, aber auch immateriellen wie Ideen

RELIGIONSZUGEHÖRIGKEIT: Bekenntnis bzw. Zuordnung zu einer bestimmten Religion bzw. Glaubensgemeinschaft

RENTENEINTRITTSALTER: statistischer Durchschnitt des Erstbezugs aller Neurentner eines Jahres

SOZIALVERSICHERUNG: meist gesetzlich geregelte Pflichtversicherungen, welche die Menschen vor den Wechsel- und Notfällen des Lebens (z.B. Alter, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Pflege) schützen sollen

STERBERATE: Anzahl der Gestorbenen eines Landes pro Jahr bezogen auf 1.000 Einwohner

UMVERTEILUNG: meist staatlich gelenkte Neuverteilung des verfügbaren Einkommens durch Steuern und Abgaben sowie fiskal- und sozialpolitische Leistungen (Kinderfreibetrag, Kindergeld, Wohngeld)

VERMOEGENSVERTEILUNG: Aufteilung des Vermögens innerhalb einer Gesellschaft; wird gemessen am Anteil bestimmter gesellschaftlicher Gruppen am Gesamtvermögen und gibt Aufschluss über die soziale Ungleichheit in einer Gesellschaft

VERSTAEDTERUNG: Steigende Anzahl von Städten sowie flächen- und zahlenmäßige Vergrößerung von Städten seit dem 19. Jahrhundert

WAHLVERHALTEN: Verhalten der Wahlberechtigten auf Grundlage einer Bewertung unterschiedlicher Parteien sowie deren Programme und Kandidaten

WERTEWANDEL: Längerfristige Verschiebung der Werteorientierung innerhalb einer Gesellschaft (Materialismus → Postmaterialismus)

— Zu Aufgabe 2

Für die einzelnen Bereiche des Sozialen Wandels lassen sich eine Vielzahl von Beispielen finden. Die vorgegebenen sind daher nur eine Auswahl.

AB 14 Erklär' doch mal! Grafik und Statistik: Anschauliche Aussagen zur deutschen Gesellschaft

Statistiken sind wichtige Elemente des Politik- und Gesellschaftskundeunterrichts. Für diese Aufbereitungsform ist eine hohe Lese- und Zahlenkompetenz notwendig. Beide Aufgaben sollen die Schüler*innen mit unterschiedlichen Formen von Grafiken bzw. Statistiken vertraut machen und sie zum sicheren Umgang damit anleiten.

— **Tipp:** Methoden-Kiste Nr. 46/47: www.bpb.de/36913/methoden-kiste

1 Daten und Fakten im Schaubild

— Zu Aufgabe 1

Die Entwicklung von einer Alterspyramide hin zu einem Alterspizel bzw. einer Altersurne gründet sich auf eine gestiegene Lebenserwartung („Die Menschen werden immer älter“) sowie den Rückgang der Geburtenrate bei gleichzeitigem Rückgang der Sterberate. Dieses Phänomen lässt sich insbesondere in den Industrieländern beobachten. In Deutschland ging die Geburtenrate pro Frau seit der Nachkriegszeit von etwa 2,4 bis 2012 auf ca. 1,4 zurück. In Westdeutschland liegt die Geburtenrate bei etwa 1,37 Kindern pro Frau und in Ostdeutschland bei 1,45. Die aktuelle Geburtenziffer pro 1.000 Einwohner*innen liegt bei 8,4 und liegt damit unter der Sterbeziffer pro 1.000 Einwohner*innen von 11,1. Die Lebenserwartung der heute Neugeborenen liegt bei 77,92 Jahren (Männer) bzw. bei 82,73 Jahren (Frauen). Im Zeitraum 1871/1881 lag sie bei Neugeborenen noch bei 35,58 (Männer) bzw. 38,45 (Frauen) Lebensjahren und 1932–34 bei 59,82 (Männer) bzw. 62,81 (Frauen) Jahren. (Statistisches Jahrbuch 2014, S. 38 und www.destatis.de > Zahlen & Fakten > Gesellschaft & Staat > Bevölkerung > Sterbefälle, Lebenserwartung)

— Zu Aufgabe 2

Im Vergleich von 1910 zu 2060 fällt auf, dass immer mehr Menschen immer älter werden. Gleichzeitig werden weniger Kinder geboren.

2 Meinungsumfragen im Schaubild

Lösungen:

„Zukunftseinschätzung Jugendlicher in Ost und West seit 1981“:
falsch, weil für ostdeutsche Jugendliche die Zahlen erst seit 1992 erhoben werden

„Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Jugendlichen in ihrer Zukunftsprognose“: **richtig**

„generelle Abnahme einer optimistischen Sichtweise auf die gesellschaftliche Zukunft bei Jugendlichen“: **richtig**, weil die optimistische Einschätzung in Westdeutschland von 1981 und 2010 etwa gleich geblieben ist, aber in Ostdeutschland zwischen 1992 und 2010 eine deutliche Abnahme festzustellen ist (jedoch hat sich die optimistische Einschätzung seit 2006 wieder verbessert)

„westdeutsche Jugendliche waren langfristig gesehen immer gleich pessimistisch“: **falsch**, weil der Wert zwischen 58 % (1981) und 30 Prozent (1992) schwankt; langfristig zwischen 1981 und 2010 variiert der Wert zwischen 58 % (1981) und 53 % (2010)

„1997 waren die Unterschiede zwischen Ost und West am geringsten“:
falsch, weil die Unterschiede 2010 am geringsten sind (1997: 51/46 bzw. 49/54; 2010: 53/57 bzw. 47/43)

„ostdeutsche Jugendliche waren immer optimistischer als westdeutsche“:
falsch, weil seit 2000 die westdeutschen Jugendlichen zuversichtlicher sind

„mit zunehmenden Alter überwiegt eine pessimistische Zukunftseinschätzung“: **falsch**, da das Schaubild keine Angaben macht, wie ältere Jugendliche geantwortet haben (die Altersgruppe 15 bis 24 wird als Ganzes betrachtet)

AB 15 Wie viel Unterschied darf sein? Gerechtigkeit in der Gesellschaft

— Zu Aufgabe 1a

Bei der ersten Rangliste sollten Dorothea (keine finanziellen Sorgen; hohes Bildungsniveau), Adam (behütetes Zuhause, sichere Zukunft) und Bülent (trotz Migrationshintergrund gut integriert; hohes Bildungsniveau) auf den vorderen Plätzen sein und Florian (persönlicher Schicksalsschlag; mittleres Bildungsniveau; nicht den Traumberuf ergreifen können), Elly (finanzielle Sorgen; große Verantwortung; kein Klavierspielen) und Canan (Einschränkungen durch streng religiöse Eltern; Asylbewerber-Status; mittleres Bildungsniveau) auf den hinteren. Beim Vergleich der Ranglisten der einzelnen Schüler*innen sollte ein einheitlicher Trend abzulesen sein.

— Zu Aufgabe 2

Adam

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 (ca. 9-mal „ja“)

Bülent

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 (ca. 8-mal „ja“)

Canan

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 (mind. 1-mal „ja“)

Dorothea

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 (ca. 9-mal „ja“)

Elly

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 (mind. 2-mal „ja“)

Florian

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 (ca. 7-mal „ja“)

Reihenfolge nach Kreuzen:

Dorothea – Adam – Bülent – Florian – Elly – Canan

Einige Fragen zu den Personen lassen bei der Beantwortung einen gewissen Spielraum zu. Hier ist es wichtig, dass die Schüler*innen begründen, wieso sie sich so entschieden haben. Diese Begründungen können innerhalb der Klasse auch diskutiert werden. Tendenziell sollten jedoch Ergebnisse entstehen, wie sie in der Reihenfolge angegeben werden.

— Zusatzaufgabe

Je nach Klassenstärke können weitere Personenbeschreibungen hinzugenommen werden, die sich die Schüler*innen in Gruppenarbeiten gemeinsam ausdenken können. Anschließend wird jedem Schüler*in eine der Rollen zugewiesen. Anschließend stellen sich alle im Schulhof oder der Aula in einer Reihe auf und eine Person (z.B. Lehrer*in) liest eine Frage vor. Alle die mit „ja“ antworten können, gehen einen Schritt nach vorn. Nachdem alle Fragen gestellt sind, zeigt sich so ein sehr differenziertes Bild der Gesellschaft.

Auch weitere Fragen können hinzugenommen werden, wobei darauf zu achten ist, dass diese auch mit ja oder nein beantwortet werden können.

AB 16 Sterben die Deutschen aus? Demografischer Wandel

Zur Erklärung des demografischen Wandels kann das Schaubild von AB 14 verwendet werden. Neben Lebenserwartung, Geburtenrate und Sterbeziffer wirken sich auch Aus- und Einwanderung auf die Bevölkerungsstruktur einer Gesellschaft aus.

— **Tipp:** Zahlen und Fakten dazu finden sich auf dem Themenportal der Bundeszentrale für politische Bildung zur sozialen Situation in Deutschland: www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland

1 Hintergrund

Lösungswort: UEBERALTERUNG

Achtung: Fehler bei 1F: Buchstaben R und S sind vertauscht.

Richtige Antwort: 77,7 und 82,7.

2 Demografischer Wandel und Sozialsystem

Der demografische Wandel führt dazu, dass die Ausgaben in der Sozialversicherung immer weiter ansteigen. Die Ausgaben in der Rentenversicherung haben sich von 1991 bis 2013 von 133,2 auf 263,3 Mrd. Euro erhöht; in der gesetzlichen Krankenversicherung von 92,7 Mrd. auf 192,8 Mrd. Euro und in der erst 1995 eingeführten Pflegeversicherung von 5,3 Mrd. auf 24,3 Mrd. Euro (Zahlen aus Sozialbudget 2013, S. 9; www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/a230-13-sozialbudget-2013.html).

Auf diese Veränderungen reagiert die Politik seit mehreren Jahrzehnten. Die drei Beispiele zeigen, wie die Politik reagiert.

➔ Zur Ergänzung: *Schaubild AB 16/1*: Anteile am Sozialbudget 2013.

Lösungen: A1–B3–C2; A2–B1–C1; A3–B2–C3

Hinweis: Die Sozialleistungsquote gibt das Verhältnis von Ausgaben für soziale Zwecke und Wirtschaftsleistung eines Landes wieder.

Das Sozialbudget umfasst alle Ausgaben, die für soziale Zwecke innerhalb eines Jahres getätigt werden.

AB 17 Wie du mir, so ich dir?

Generationenvertrag und Generationengerechtigkeit

— Zu Aufgabe 1

Richtige Antwort: rund 550 (549,77) Euro pro Monat

Berechnung:

Monatliche Durchschnittsrente (1.237 Euro) x 12 = 14.844 Euro pro Jahr
14.844 Euro x 20 Jahre (Bezugsdauer) = 296.880 Euro
296.880 Euro / 45 Beitragsjahre = 6.597,33 Euro
6.597,33 Euro / 12 Monate = **549,77 Euro**

— Zu Aufgabe 2

Der Generationenvertrag beschreibt einen gesellschaftlichen Konsens, nach dem die erwerbstätige Generation mit ihren Beiträgen für die Sozialversicherung (insbesondere Rentenversicherung) die Leistungen für die nicht mehr erwerbsfähige Generation finanziert. Später werden die Renten der Erwerbsgeneration von der folgenden erwirtschaftet.

— Zu Aufgabe 3

Ganz allgemein kann man bei Generationengerechtigkeit davon sprechen, dass die Chancen zukünftiger Generationen auf Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse mindestens so groß sein sollten wie die der heutigen Generation. Die Interessen der unterschiedlichen Generationen sollen demzufolge gleichermaßen berücksichtigt werden (**Aussage 7**). Die Lebensleistung der Rentner[∞] muss dabei genauso angemessen einbezogen werden (**Aussage 4**) wie die Interessen von Kindern und Jugendlichen (**Aussage 5**). Gerechtigkeit zwischen den Generationen meint weiterhin eine nachhaltige Finanz- und Wirtschaftspolitik. Im ökologischen Bereich sollen auch in Zukunft die natürlichen Ressourcen zur Verfügung stehen. Auch eine übermäßige Staatsverschuldung soll vermieden werden. **Aussage 1** würde dem Solidargedanken des Generationenvertrags zuwiderlaufen. Bei **Aussage 2** blieben steigende Einkommen und Lebenshaltungskosten unberücksichtigt. Eine Rentenpolitik nach Kassenlage (**Aussage 3**) würde Willkür bedeuten. **Aussage 6** hat nichts mit Generationengerechtigkeit zu tun, sondern mit den Lohnzusatzkosten, und **Aussage 8** würde dem Grundgedanken von Generationengerechtigkeit entgegenstehen, weil die junge Generation bevorzugt wird.

— Zu Aufgabe 4

Die einzelnen Beispiele stellen Lösungsvorschläge aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft dar, die jedoch nicht unumstritten sind. Sie stellen wie bei **AB 16** (Aufgabe 2) Möglichkeiten dar, wie auf den demografischen Wandel reagiert werden kann. Den Schülern[∞] sollte deutlich werden, welche Konsequenzen scheinbar einfache Lösungen haben. Mögliche Auswirkungen werden in der folgenden Übersicht angedeutet:

— Lösungsvorschläge zur Rentenfinanzierung

weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters

aktuell wird das Rentenbezugsalter schrittweise auf 67 Jahre angehoben; das gilt dann ab Jahrgang 1964

- längere Lebensarbeitszeit = kürze Rentenbezugsdauer
- mehr Einnahmen und weniger Ausgaben für die Rentenkasse
- weniger Geld, wenn jemand früher in Rente geht oder gehen muss (in manchen Berufen kann man nicht bis Ende 60 arbeiten)
- Jobs sind für Berufseinsteiger[∞] nicht verfügbar

dauerhafte Absenkung des Rentenniveaus

aktuell liegt das Netto-Rentenniveau bei ca. 48 % des letzten Lohns bzw. Gehalts

- weniger Ausgaben für die Rentenkasse
- geringere Rentenzahlungen
- eventuell Verschärfung von Altersarmut (mehr Sozialfälle und mehr Ausgaben bei der Sozialhilfe)

mehr private Altersvorsorge

u.a. mit Riester- und Rürup-Rente gibt es staatlich geförderte private Vorsorge als dritte Säule der Alterseinkünfte

- weniger Ausgaben für die gesetzliche Rentenkasse
- Zusatzeinkommen für Rentner[∞] (als Ausgleich für geringere staatliche Zahlungen)
- zusätzliche finanzielle Belastungen während des Berufslebens (Versicherungsbeiträge)

längere Aussetzung der Rentenerhöhung

Entwicklung der Renten erfolgt jährlich anhand der Lohnentwicklung, der Aufwendungen für private Altersvorsorge und dem Verhältnis von Beitragszahlern[∞] und Rentenempfängern[∞])

- weniger Ausgaben für die Rentenkasse
- weniger Geld für die Rentner[∞] (Gefahr von Altersarmut)
- Renter[∞] geben weniger Geld aus (weniger Binnenkonsum)

Erhöhung des staatlichen Zuschusses

2013 betrug der Bundeszuschuss 65,3 Mrd. Euro und soll 2014 bei 61,3 Mrd. Euro liegen

- mehr Einnahmen für die Rentenkasse
- Beitragszahler[∞] und Rentner[∞] werden geschont
- Finanzierung über Schulden, Steuererhöhung oder Einsparungen in anderen Bereichen
- Belastung aller Steuerzahler[∞] (auch Beitragszahler[∞] und Rentner[∞]) oder Bundesbürger[∞] (steigender Schuldenstand)

Steuererhöhung für Rentenkasse

Mehrwertsteuererhöhung und Öko-Steuer werden teilweise zur Finanzierung des Bundeszuschusses genutzt

- mehr Einnahmen für die Rentenkasse
- Beitragszahler[∞] und Rentner[∞] werden geschont
- Belastung aller Steuerzahler[∞]

Erhöhung der Beitragssätze

liegen aktuell seit 2013 bei 18,9 % und sinken 2015 auf 18,7 %; sollen bis 2030 22 % nicht übersteigen

- mehr Einnahmen für die Rentenkasse
- höhere Abgaben durch die Beitragszahler (weniger Netto-Einkommen)
- könnte sich negativ auf die Konsumnachfrage auswirken

— *Tipp:* Aktuelle Informationen zur Rentenversicherung finden sich auf den Seiten des BMAS und der Deutschen Rentenversicherung: www.bmas.de bzw. www.deutsche-rentenversicherung.de

AB 18 Was glaubst du denn? Religionen und Glaubensgemeinschaften in Deutschland

— Zu Aufgabe 1

Lösungswort: SÄKULARISIERUNG

Säkularisierung bedeutet allgemein jede Form von Verweltlichung. Historisch betrachtet meint der Begriff die im Zeitalter der Aufklärung (Immanuel Kant, Gotthold Ephraim Lessing) beginnende Auflösung der engen Bindung des Individuums an eine Religion bzw. die Kirche, was zugleich einen Bedeutungs- und Machtverlust für Kirchenvertreter bedeutete. Im sozialwissenschaftlichen Sinn bezeichnet dieser Terminus die Bedeutungsabnahme religiös motivierter Werte und Normvorstellungen. Da Säkularisierung hauptsächlich in den westlichen Industrieländern beobachtet werden kann, in denen das Christentum die vorherrschende Religion ist, wird in diesem Zusammenhang auch von einer „Entchristlichung“ gesprochen.

Ausgehend von der Liste von Religionsgemeinschaften können auch die Zugehörigkeiten innerhalb der Klasse (behaltsam) thematisiert werden. Anhand der Gesamtschülerzahl können die Größenverhältnisse innerhalb der Klasse ausgerechnet werden.

— *Tipp:* Eine Vielzahl an Informationen zur religiösen Situation in Deutschland bietet die Homepage des Religionswissenschaftlichen Medien- und Informationsdienstes: www.remid.de

— Zu Aufgabe 2

Fall A: Das Bundesverfassungsgericht hat einen Passus der Bayerischen Volksschulverordnung für nicht verfassungskonform erklärt, der besagt, dass an allen bayerischen Schulzimmern Kreuze anzubringen sind (§ 13 Abs 2 Satz 3). Diese Praxis sei mit der Religions- und Glaubensfreiheit (Art. 4 GG) nicht vereinbar und verletze die negative Glaubensfreiheit von nichtreligiösen Schülern. Ein Kreuz oder Kruzifix sei nicht nur ein allgemeines Symbol des Humanismus oder der Barmherzigkeit, sondern habe einen eindeutigen Bezug zum christlichen Glauben.

Der Freistaat Bayern musste daraufhin diese Verordnung ändern. Im neuen Gesetz steht nun der Satz: „Angesichts der geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns wird in jedem Klassenraum ein Kreuz angebracht“. In „atypischen“ Fällen kann das Kreuz jedoch abgehängt werden.

— *Tipp:* Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts finden Sie hier: <http://archiv.jura.uni-saarland.de/Entscheidungen/Bundesgerichte/kruzifix.html>

Fall B: Einer muslimischen Lehrerin wurde vom Oberschulamt Stuttgart die Einstellung verweigert, weil sie nicht auf das Tragen des Kopftuchs verzichten wollte und dadurch persönlich nicht als Lehrerin geeignet sei. Das Kopftuch wurde von ihr ausdrücklich als muslimisches Symbol aufgefasst. Die Frau klagte durch alle Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht. Dies stellte fest, das Tragen eines Kopftuchs könne prinzipiell verboten werden. Die Frage falle in die Kulturhoheit der Bundesländer, weshalb diese entsprechende Gesetze erlassen könnten. Jedoch dürften andere religiöse Symbole nicht bevorzugt behandelt werden.

Der angehenden Lehrerin wurde in diesem Fall recht gegeben, weil zu diesem Zeitpunkt keine gesetzliche Grundlage für das Verbot bestand. Im Nachgang zu diesem Urteil wurde in Baden-Württemberg und anderen Bundesländern das religiös motivierte Tragen von Kopftüchern verboten. Einer anderen Lehrerin, die wiederum gegen das neue Gesetz klagte, wurde es letztinstanzlich verboten, das Kopftuch in der Schule zu tragen, weil das Verbot eine Dienstanweisung sei. In ihrer Klage berief sie sich u.a. darauf, dass auch Ordensschwestern in ihrer Nonnentracht alle Fächer in staatlichen Schulen unterrichten dürften (Verstoß gegen das Gleichheitsgebot im Grundgesetz). Hier wurde jedoch die Gegenauffassung vertreten, dass die Ordenstracht eine europäische Tradition darstelle.

— *Tipp:* Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts finden Sie hier: www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20030924_2bvr143602.html

Fall C: Das Bundesverwaltungsgericht hat die Klage letztinstanzlich abgewiesen. Hauptgrund in der Urteilsbegründung war die Wahrung des Schulfriedens und eine negative Religionsfreiheit der Mitschüler, die sich durch ein islamisches Gebet auf dem Schulfeld beeinträchtigt fühlen könnten, weil sie einer anderen Religion angehören oder nicht religiös sind. An dem besagten Berliner Gymnasium waren zum Zeitpunkt der Klage Schüler aus allen Weltreligionen und 29 verschiedenen Herkunftsländern vertreten.

— *Tipp:* Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts finden Sie hier: www.bverwg.de/entscheidungen/entscheidung.php?ent=301111U6C20.10.0

Fall D: Popularklage der Islamischen Religionsgemeinschaft e.V. am Bayerischen Verfassungsgerichtshof gegen Artikel 59 Abs. 2 Satz 3 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen („Äußere Symbole und Kleidungsstücke, die eine religiöse oder weltanschauliche Überzeugung ausdrücken, dürfen von Lehrkräften im Unterricht nicht getragen werden, sofern die Symbole oder Kleidungsstücke bei den Schülerinnen und Schülern oder den Eltern auch als Ausdruck einer Haltung verstanden werden können, die mit den verfassungsrechtlichen Grundwerten und Bildungszielen der Verfassung einschließlich den christlich-abendländischen Bildungs- und Kulturwerten nicht vereinbar ist.“)

Der Antrag wurde abgewiesen, weil der entsprechende Passus dem Erfordernis der Normbestimmtheit (Art. 3 Abs. 1 Satz 1 BV) genügt. Der Begriff der christlich-abendländischen Bildungs- und Kulturwerte umschreibe ungeachtet seiner Bezugnahme auf den religiösen Bereich die von konkreten Glaubensinhalten losgelöste in der Bayerischen Verfassung verankerte Wertewelt.

— *Tipp:* Das Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs finden Sie hier: www.bayern.verfassungsgerichtshof.de/11-VII-05-Entscheidung.htm

— Zusatzaufgabe

In einer eigenen Aufgabe kann das Kopftuch-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes behandelt werden.

— *Tipp:* Eine Anregung zur Unterrichtsgestaltung bietet hierzu die folgende Seite: www.bpb.de/politik/innenpolitik/konfliktstoff-kopftuch

AB 19 Wo kommst du her, wo willst du hin?

Ein- und Auswanderung in Deutschland

— Zu Aufgabe 1

Migrationsdaten 2013: Im Jahr 2013 sind ca. 1,23 Mio. Menschen nach Deutschland **zugezogen**. Das waren ca. 145.000 Personen mehr als 2012. Ca. 1,1 Mio. der Zugewanderten \checkmark waren Nicht-Deutsche. 2012 waren die wichtigsten Herkunftsländer von eingewanderten Nicht-Deutschen Polen (176.367), Rumänien (116.154), Bulgarien (58.504), Ungarn (53.892) und Italien (42.167).

Für 2013 wurden 797.900 **Fortzüge** verzeichnet. Dies waren 85.900 mehr als noch 2012. 657.600 derjenigen Personen \checkmark , die Deutschland verließen, waren ausländische Personen. Zu den wichtigsten Auswanderungsländern gehörten Polen (114.425), Rumänien (71.152), Bulgarien (33.741) und die Türkei (32.788). Die meisten Deutschen, die auswanderten, gingen in die Schweiz (20.826) und in die USA (12.803)

\blacktriangleright Zur Ergänzung: siehe *Schaubilder AB 19/1:* Ausgewählte Herkunftsländer der ausländischen Bevölkerung und *AB 19/2:* Zugänge nach Deutschland / Fortgänge aus Deutschland.

Aufgabe 1 kann dahingehend erweitert werden, dass für die verschiedenen Herkunftsstaaten in Gruppenarbeit (oder als Hausaufgabe) Länderprofile erstellt werden, die dann auf einer großen Weltkarte angebracht werden.

— *Tipp:* Weltkarten können bei der Bundeszentrale für politische Bildung bestellt werden: www.bpb.de/lernen/karten

— Zu Aufgabe 2a)

Lösung:

a **Auswanderung**, wegen Einschränkung der Religions- und Berufsfreiheit (Diskriminierung \rightarrow siehe **AB 07**)

Beispiele: Christen \checkmark in Pakistan; Hugenotten \checkmark in Frankreich im 16. und 17. Jahrhundert; Judenverfolgung und -vernichtung in Deutschland; Sunniten \checkmark als Minderheit im Iran

b **Auswanderung**, als Flucht vor Bürgerkrieg oder bewaffneten Kämpfen zwischen verschiedenen Gesellschaftsgruppen

Beispiele: ehemaliges Jugoslawien, Afghanistan, Bürgerkrieg im Sudan oder in Somalia

c **Einwanderung**, wegen besserer Bildungsangebote

Beispiele: chinesische Studenten \checkmark in Deutschland; Studium in den USA an international renommierten Universitäten; luxemburgische Absolventen \checkmark , weil es dort bis 2003 keine eigenständige Universität gab

d **Auswanderung**, wegen fehlender Meinungsfreiheit und Unterdrückung

Beispiele: politisch Verfolgte zwischen 1933 und 1945, die aus Deutschland in die USA ausgewandert sind; Auswanderung (Flucht) aus der ehemaligen DDR; Flüchtlinge aus Weißrussland

e **Einwanderung**, wegen guter Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt

Beispiele: „Gastarbeiter“ \checkmark in der Bundesrepublik der 1950er und 1960er Jahre; Diskussion um ausländische Fachkräfte in Deutschland; deutsche Handwerker \checkmark und Ärzte \checkmark , die in der Schweiz arbeiten

f **Einwanderung**, zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation und individuellen Freiheit

Beispiele: Einwanderer \checkmark in die USA als „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“, Arnold Schwarzenegger, Daniela Katzenberger

— Zu Aufgabe 2b)

Ursachen für Migration: Krieg, wirtschaftliche Not, politische und religiöse Verfolgung, soziale Gründe und individuelle Motivation

— Zu Aufgabe 2c)

Unterschieden werden kann nach Push- und Pull-Faktoren für Migration:

— Push- und Pull-Faktoren

Wirtschaft

Push-Faktoren: Arbeitslosigkeit; Naturkatastrophen; zu geringes Einkommen; Rohstoffe sind nicht verfügbar oder zu teuer; strategische Überlegungen zur Internationalisierung; hohe Lohn(neben)kosten; hohe Steuern und Abgaben; hohe Umweltauflagen

Pull-Faktoren: gute Verdienstmöglichkeiten / viele Jobangebote; informelle Sektoren in der Stadt (leichter Zugang für illegale Einwanderer \checkmark); gute Verkehrsanbindung; Wirtschaftsförderprogramme

Soziale Gründe

Push-Faktoren: Armut; religiöse Verfolgung; (Geschlechter-, Rassen-) Diskriminierung; ungerechte Besitzverteilung; Abgeschiedenheit

Pull-Faktoren: Sicherheit; gute Wohnmöglichkeiten, vor allem bei vorhandenem Familienbezug; Toleranz gegenüber Minderheiten; Bildungsmöglichkeiten; entwickeltes Gesundheitssystem; breit gefächertes Freizeitangebot

Demografische Gründe

Push-Faktoren: Landknappheit; Überbevölkerung

Pull-Faktoren: ausreichendes Flächenangebot; strukturierte Raumplanung

Politische Gründe

Push-Faktoren: politische Verfolgung; Gesetze; Krieg; hohe Steuern; Enteignung; (Geschlechter-, Rassen-)Diskriminierung

Pull-Faktoren: günstige Einwanderungsgesetze; Möglichkeit illegaler Einwanderung; Akzeptanz gegenüber Minderheiten; Rechtssicherheit; Frieden

AB 20 Wissen ist Macht?!

Leben in der Informations- und Kommunikationsgesellschaft

Wichtig ist es bei diesem Arbeitsblatt, die verschiedenen Gesellschaftsbezeichnungen voneinander abzugrenzen bzw. Gemeinsamkeiten und Ergänzungen aufzuzeigen. Dabei kann die klassische Unterteilung nach Agrar-, Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft den Ausgangspunkt bilden. Hauptkriterium dabei ist, in welchen Wirtschaftssektoren die Menschen überwiegend beschäftigt sind.

\blacktriangleright Zur Ergänzung: siehe *Schaubild AB 20/1:* Anteil der Beschäftigten nach Wirtschaftssektoren.

Wie das *Schaubild AB 20/1* zeigt, haben sich die Beschäftigungsanteile nach Sektoren in Deutschland deutlich in Richtung Dienstleistungssektor verschoben. Dies nennt man Tertiärisierung. Der Wandel von der Agrar- zur Industriegesellschaft setzte in Deutschland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein (Industrialisierung), während sich der Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft in den 1970er Jahren vollzog.

Der Begriff **Wissensgesellschaft** bezeichnet eine Gesellschaftsform, in der individuelles und kollektives Wissen zu einem wichtigen Gut wird, welches einerseits über die sozio-ökonomische Position des Einzelnen \checkmark und andererseits über die Prosperität der gesamten Volkswirtschaft (Wettbewerbsfähigkeit) entscheidet. Wissen und die Verfügbarkeit bzw. Anwendbarkeit von Wissen werden damit zu einem wesentlichen Produktionsfaktor. In einer **Informations- und Kommunikationsgesellschaft** haben moderne Informations- und Kommunikationstechnologien eine herausgehobene Bedeutung für das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben. Die beiden Bezeichnungen Wissens- bzw. Informations- und Kommunikationsgesellschaft werden oftmals gleichbedeutend verwendet.

Auch in der Realität sind beide Begriffe eng miteinander verbunden und beschreiben wesentliche Merkmale moderner Gesellschaftsformen in hochentwickelten Ländern.

1 Wissensgesellschaft heute

— Zu den Aufgaben 1, 2 und 3

Forderungen, die besonders wichtig sind: d, h, l

Auch richtig: a, i, j

Diskriminierend sind die Aussagen **b** und **e**, mit Abstrichen auch die Aussagen **c**, **g** und **f**. Tatsächlich soll der Anteil der Studierenden weiter erhöht werden (**g**), jedoch sollten auch andere Weiterbildungswege (z.B. Meisterausbildung) einbezogen werden. Umgekehrt sind die Forderungen **c** (die Mehrheit sollte einen Handwerksberuf ausüben) und **f** (High-Speed Internet in allen Haushalten) überzogen.

Das Thema „Leben in der Informations- und Kommunikationsgesellschaft“ kann mit **AB 04** (Freizeitverhalten) verknüpft werden: Wie und wie oft werden digitale Möglichkeiten (Internet, Chat, E-Mail...) genutzt?

Für die Diskussion eignen sich besonders die Aussagen **b** und **e**. Die vorgegeben Argumente können in der Gruppenarbeit weiter formuliert und neue Aspekte können hinzugefügt werden.

— *Tipps*: MethodenKiste Nr. 30 und 31:

www.bpb.de/shop/lernen/thema-im-unterricht/36913/methoden-kiste

— Beispiel-Argumente für eine Klassendebatte

„Alle müssen Abitur haben.“

Pro

- in langer Schulausbildung (12 bzw. 13 Schuljahre) wird mehr Wissen vermittelt
- alle sind auf gleichem Ausbildungsstand
- alle sind gleich und niemand wird wegen eines Hauptschulabschlusses diskriminiert
- wenn alle den gleichen Abschluss haben, kann man besser vergleichen

Contra

- nicht für jeden Beruf ist Abitur notwendig
- andere Möglichkeiten der weiteren Ausbildung (Meister, Zusatzqualifikationen, Zweiter Bildungsweg)
- nicht alle sind kognitiv in der Lage, Abitur zu machen
- da alle länger lernen, fehlen dem Arbeitsmarkt Erwerbsfähige
- Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch längere Schulzeiten

„Menschen ohne ausreichende Bildung dürfen keine Jobs bekommen.“

Pro

- ausreichende Bildung garantiert gute Mitarbeiter und Azubis
- unzureichend Gebildete können durch staatliche Programme nachträglich gebildet werden
- Wachstum und Arbeitsplätze im Bildungssektor
- steigende Einkommen, weil alle besser bezahlte Jobs bekommen können

Contra

- keine eindeutige Definition, was ausreichende Bildung ist
- nicht für alle Berufe braucht man einen hohen Bildungsstand
- Schulbildung ist nicht gleich Bildung
- Konzentration auf Bildung vernachlässigt andere Fähigkeiten der Menschen
- bestimmte Schichten werden vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt und wegen fehlenden Einkommens in die Armut gedrängt

2 Gesellschaft von morgen

Der Fantasie der Schüler sollten keine Grenzen gesetzt werden. Verknüpfungen bieten sich an mit **AB 14** und **AB 16** (demografische Entwicklung). Bei der Auswertung der Reportagen, die z.B. als Teil einer Nachrichtensendung konzipiert werden können, sollte über den Realitätsgehalt der Aussagen diskutiert werden.

— *Tipps*: Anregungen bietet u.a. das Heft „Mach mal Zukunft“

(www.zukunftsfaehiges-deutschland.de/fileadmin/zukunftsfaehiges-deutschland/Texte/Material/ZDII-Heft_Mach-mal-Zukunft.pdf)

sowie zahlreiche Artikel auf www.planet-wissen.de.

AB 21 Ein verwerfliches Angebot?

Moral, Werte und Normen

— Zu Aufgabe 1

Eine richtige Lösung kann hier nicht vorgegeben werden, weil die Einschätzungen stark vom moralischen Empfinden und dem Gerechtigkeitsgefühl des Einzelnen abhängen. Gerade weil es so schwer ist, sich zu einigen, wird deutlich, wie unterschiedlich Moralvorstellungen ausgeprägt sind und angewendet werden. Das Beispiel bietet den Einstieg in eine Diskussion darüber, was der moralische Minimalkonsens einer (unserer) Gesellschaft ist, ohne den der gesellschaftliche Zusammenhalt gestört ist.

Da das Beispiel bewusst entschärft wurde, können andere Beispiele in die Diskussion eingebracht werden: Diebstahl und Raub verboten; keine Heirat unter Minderjährigen; keine Lügen... Auch die Frage, ob es eine goldene Regel („Handle gegenüber anderen so, wie du von anderen behandelt werden möchtest“) gibt, kann erörtert werden.

Je nach Alter der Schüler kann auch die Frage Sex gegen Bezahlung oder der kategorische Imperativ von Kant (z.B. „Handle nur nach demjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde.“) diskutiert werden.

Anregungen für die Beurteilung der einzelnen Personen

Amina: hätte Jamal vorher fragen können, ob sie das Trikot hergeben darf / hätte sich nicht auf das Angebot von Kito einlassen dürfen

Jamal: hätte mehr Verständnis für Amina aufbringen können / hätte nicht Schluss machen sollen, weil Amina ja auch aus Liebe zu ihm gehandelt hat

Kito: hätte das Trikot nicht verlangen sollen und einen als Freundschaftsdienst erweisen können

Mala: hätte Amina als Freundin beraten können

Paki: dürfte Notsituation von Amina nicht ausnutzen / stellt Freundschaft zu Jamal aufs Spiel

— Zu Aufgabe 2

Die Aufgabe 2 kann auch vor der Auswertung von Aufgabe 1 ausgefüllt werden, um die Ergebnisse in die Diskussion einzubringen.

richtige Antworten: immer hilfsbereit sein; sich an Recht und Gesetz halten (basiert auf Werte- und Moralvorstellungen); richtig handeln, auch wenn Nachteile entstehen (konsequentes Handeln, feststehendes Wertesystem als Handlungsorientierung); niemandem weh tun

Mit Abstrichen können auch „gesellschaftliche Werte und Normen beachten“ und „religiöse Vorgaben beachten“ richtig sein. Dies hängt jedoch vom subjektiven Werte- und Normensystem ab: Wer religiös ist, dem sind auch religiöse Vorgaben wichtig.

Weitere Antwortmöglichkeiten: alle gleich behandeln; gerecht sein;
immer die Wahrheit sagen; niemanden betrügen

— *Tipp*: im bpb-Kartenspiel „jetzt mal ehrlich“ gibt es weitere Situationen,
in denen moralisches Verhalten oder Zivilcourage eine Rolle spielen
(bestellbar unter: www.bpb.de > Shop > Lernen > Spiele).

AB 22 Wer hat's gesagt? (1)

Klassiker der Soziologie

Richtige Zuordnung:

Max Weber (1864–1920): 3 und E;

Emile Durkheim (1858–1917): 4 und F;

Niklas Luhmann (1927–1998): 6 und B;

Pierre Bourdieu (1930–2002): 1 und C,

Talcott Parsons (1902–1979): 2 und A;

Theodor Geiger (1891–1952): 5 und D

AB 23 Wer hat's gesagt? (2)

Klassiker der Geistes- und Sozialwissenschaften

— Zu Aufgabe 1

Richtige Zuordnung:

Judith Butler (geb. 1956): 5 und C;

Karl Marx (1818–1883): 4 und B;

Jürgen Habermas (geb. 1929): 1 und D;

Ronald Inglehart (geb. 1934): 2 und E;

Samuel P. Huntington (1927–2008): 3 und B

— Zu Aufgabe 2

Kritische Theorie: Jürgen Habermas; Kommunismus: Karl Marx;

Wertewandel: Ronald Inglehart; Feminismus: Judith Butler;

Kampf der Kulturen: Samuel P. Huntington

AB 24 Weißt du Bescheid?

Ein Kreuzworträtsel zur deutschen Gesellschaft

➔ Lösung: *Folienvorlage AB 24*: Kreuzworträtsel.

Das Lösungswort lautet: Sozialer Wandel.



Gesellschaft für Einsteiger

II. Lösungen und Kopiervorlagen

AB 01 Was fällt dir ein? Eine Reise durch die arbeitsteilige Gesellschaft

— Schaubild AB 01/1: Bruttomonatsverdienste für ausgewählte Berufe 2010 (in Euro)

	— West (Früheres Bundesgebiet)	— Ost (Neue Bundesländer)		— West (Früheres Bundesgebiet)	— Ost (Neue Bundesländer)
Unternehmer⚡/Geschäftsführer⚡	7.220	4.909	Elektroinstallateure⚡/ -monteure⚡	3.101	2.193
Ärzte⚡	7.120	7.065	Schienenfahrzeugführer⚡	3.081	2.808
Rechtsvertreter⚡/-berater⚡	5.992	4.305	Krankenpfleger/Hebamme⚡	2.935	2.648
Elektroingenieure⚡	5.523	4.172	Maurer⚡	2.829	1.992
Ingenieure⚡ (Fahrzeug-/Maschinenbau)	5.506	4.180	Fremdenverkehrsfachleute	2.743	2.098
Verbandsleiter⚡/Funktionäre⚡	5.065	3.834	Sozialarbeiter⚡/-pfleger⚡	2.610	2.064
Publizisten⚡	4.695	4.195	Straßenreiniger⚡/ Abfallsbeseitiger⚡	2.609	2.241
Datenverarbeitungsfachleute	4.628	3.146	Postverteiler⚡	2.580	2.710
Bankfachleute	4.379	3.434	Verkäufer⚡	2.570	1.996
Steuerberater⚡/ Wirtschaftsprüfer⚡	4.315	2.751	Dachdecker⚡	2.479	1.970
Gymnasiallehrer	4.129	3.934	Tischler⚡	2.462	1.732
Buchhalter⚡	3.773	2.653	Maler⚡/Lackierer⚡(Ausbau)	2.403	1.890
Werbefachleute	3.509	1.940	Fleischer⚡	2.368	1.749
Real-, Volks- und Sonderschullehrer⚡	3.505	3.704	Kassierer⚡	2.244	1.981
Chemielaborant	3.476	2.388	Gärtner⚡/Gartenarbeiter⚡	2.229	1.645
Bürofachleute	3.410	2.493	Telefonisten⚡	2.063	1.420
Buchhändler⚡/Verlagskaufleute	3.310	2.422	Koch⚡	2.062	1.587
Werkzeugmacher⚡	3.177	2.155	Kellner⚡/Steward⚡	2.018	1.382
Fernmeldemonteure⚡/ -handwerker⚡	3.108	2.491	Friseure⚡	1.483	1.082

— Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Verdienststrukturerhebung 2010, Wiesbaden 2013, S. 507–514; © Leitwerk

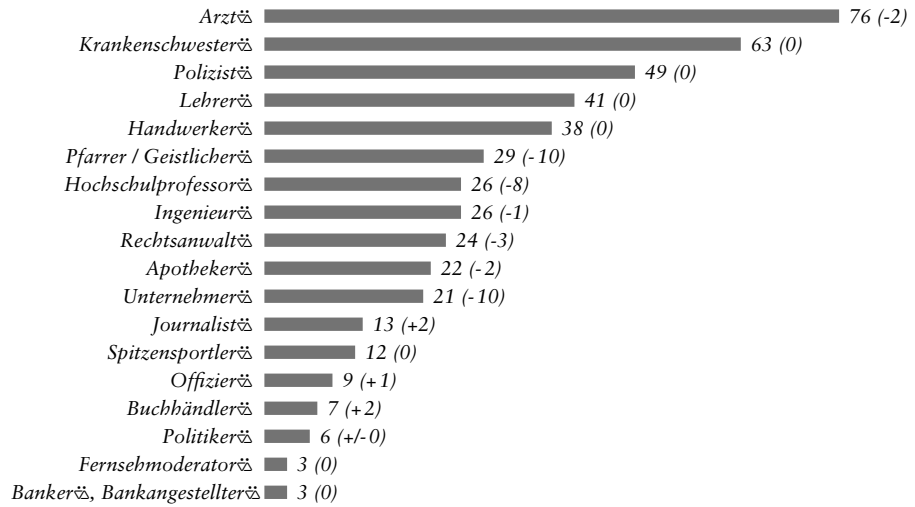
AB 01 Was fällt dir ein? Eine Reise durch die arbeitsteilige Gesellschaft (Fortsetzung)

➔ Das Institut für Demoskopie Allensbach erhebt regelmäßig Umfragen, welche Berufe bei den Deutschen hohes Ansehen genießen. Das folgende Schaubild zur aktuellen Berufsprestige-Skala kann als Referenz zu den Ranglisten der Schüler²³ eingesetzt werden.

— Schaubild AB 01/2: Die Allensbacher Berufsprestige-Skala 2013 (im Vergleich zu 2008)

Bevölkerung (in Prozent);
Zahlen in Klammern bezeichnen
die Veränderung gegenüber der
vorhergehenden Umfrage von 2008

Frage: „Hier sind einige Berufe
aufgeschrieben. Könnten Sie bitte
die fünf davon herausuchen,
die Sie am meisten schätzen,
vor denen Sie am meisten Achtung
haben?“ (Vorlage einer Liste).

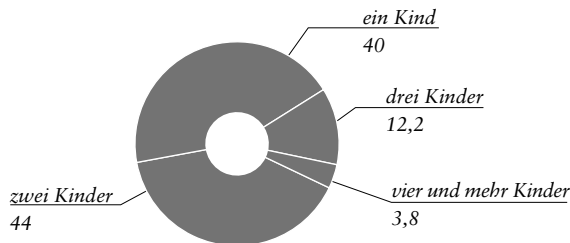


— Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfragen 10.015 (2008) und 11.007 (2013); © Leitwerk
www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_reportsndocs/PD_2013_05.pdf

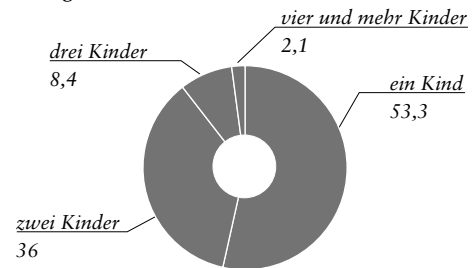
AB 03 Vater, Mutter, Kind? Geschlechterrollen und Familienformen

— Schaubild AB 03/1: Verteilung der Anzahl der Kinder in Familien (in Prozent)

Neue Bundesländer und Berlin



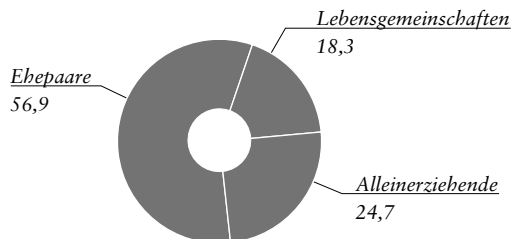
Früheres Bundesgebiet



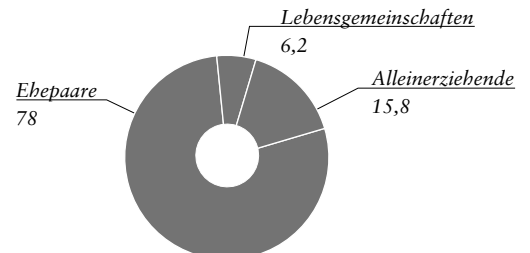
— Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 2014, S. 58; © Leitwerk

— Schaubild AB 03/2: Wo wachsen minderjährige Kinder auf? (in Prozent)

Neue Bundesländer und Berlin



Früheres Bundesgebiet

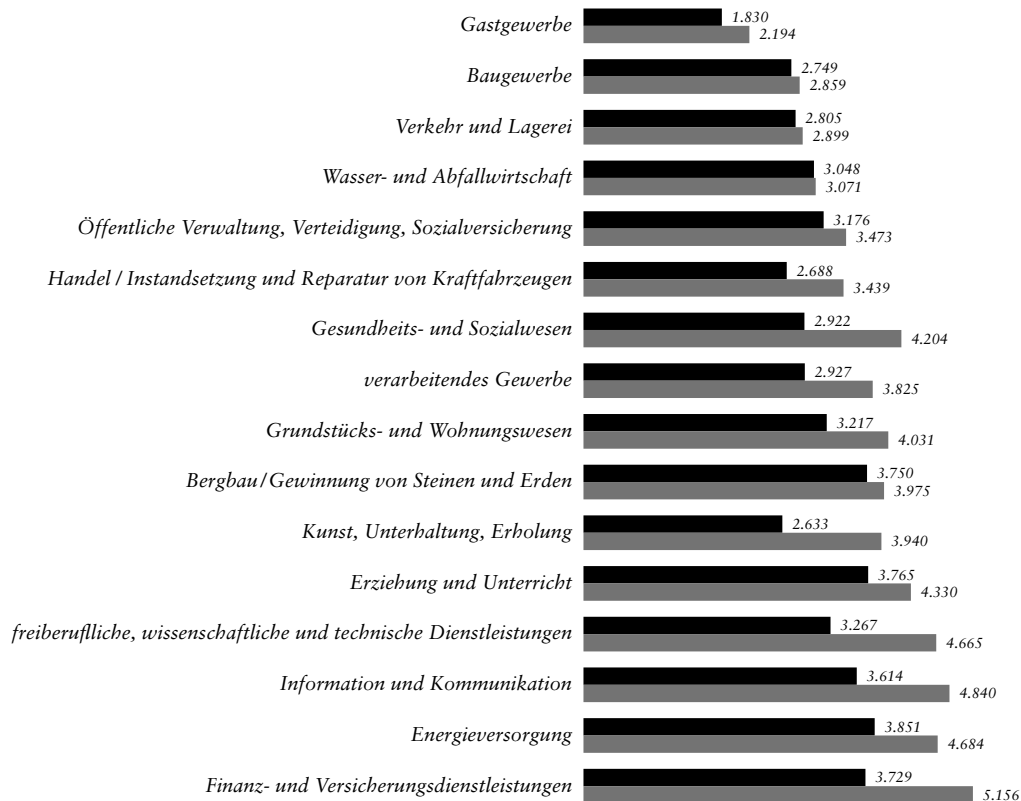


— Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 2014, S. 58; © Leitwerk

AB 03 Vater, Mutter, Kind? Geschlechterrollen und Familienformen (Fortsetzung)

— Schaubild AB 03/3: Branchenspezifische Bruttolöhne bei vollzeitbeschäftigten Frauen und Männern im Jahr 2010 (in Euro)

■ Frauen ■ Männer

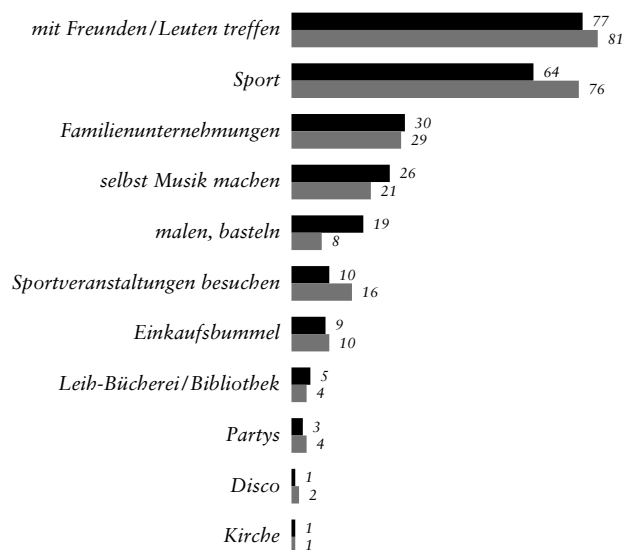


— Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 2014, Wiesbaden 2014, S. 375; © Leitwerk

AB 04 Was machst du so? Freizeit und Freizeitverhalten

— Schaubild AB 04/1: Non-mediale Freizeitaktivitäten 2014 – täglich/mehrmals die Woche (in Prozent)

■ Mädchen ■ Jungen

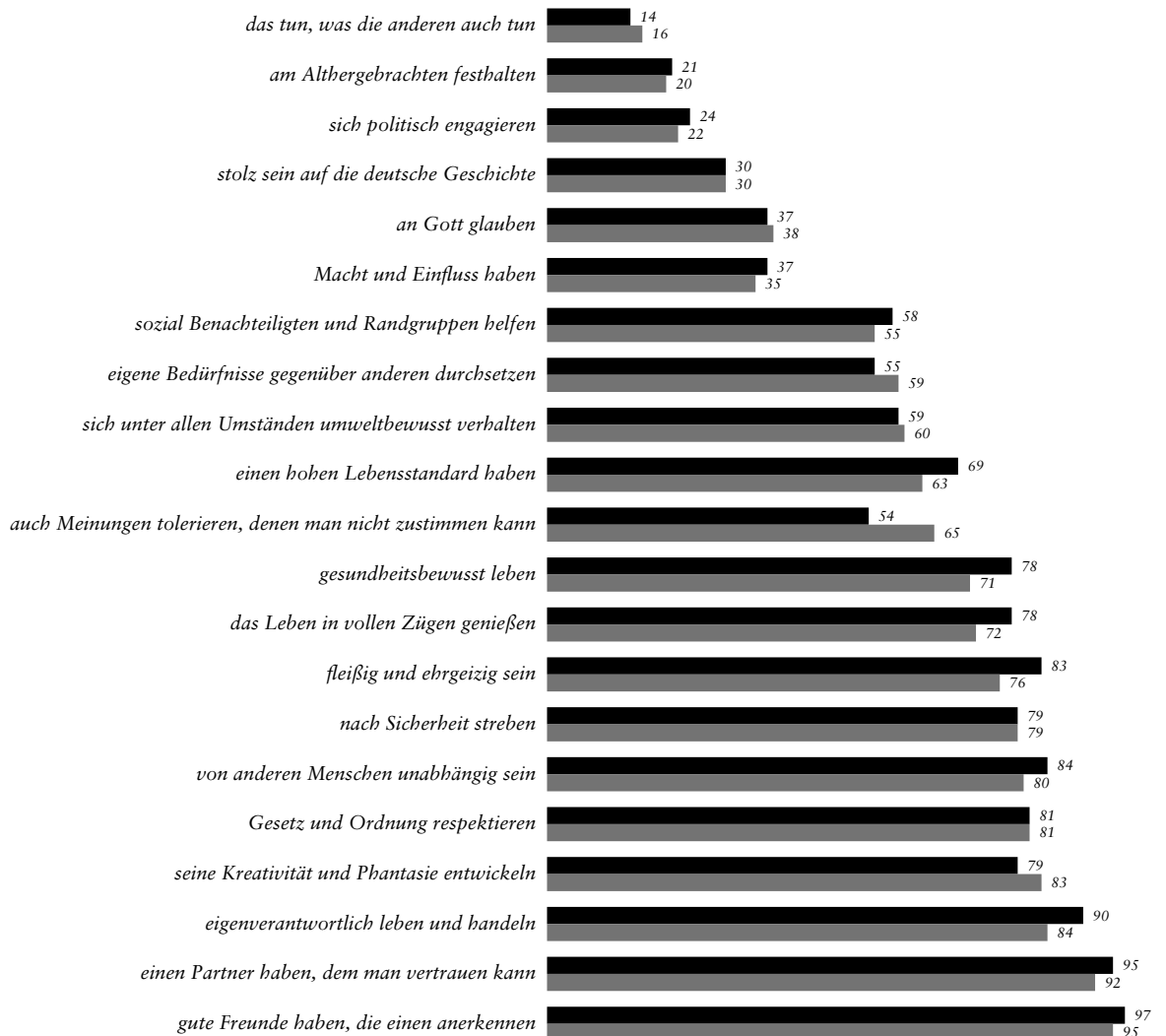


— Quelle: JIM 2014 (Basis: alle Befragten; n = 1.200) unter: www.mpfs.de/fileadmin/JIM-pdf14/JIM14_4.pdf; © Leitwerk

AB 05 Was ist dir wichtig? Werte und Wertewandel (Fortsetzung)

— Schaubild AB 05/1: Werteorientierung von Jugendlichen (Anteil der Befragten mit den Antworten „wichtig“ oder „besonders wichtig“ in Prozent)

■ 2010 ■ 2002



— Quelle: 16. Shell-Jugendstudie 2010, S. 197/203; © Leitwerk

AB 06 Vom Tellerwäscher zum Millionär? Soziale Mobilität

➔ Hinweis zum Lesen der Tabellen: *Schaubild AB 06/1*: 16 Prozent der Söhne westdeutscher Landwirte wurden auch Landwirte. In Ostdeutschland wurden 54 Prozent der Söhne von Facharbeitern oder Meistern ebenfalls Facharbeiter oder Meister. *Schaubild AB 06/2*: Hier stehen die Befragten selbst im Fokus: 80 Prozent der Landwirte in Westdeutschland hatten einen Vater, der ebenfalls Landwirt war. 59 Prozent der Facharbeiterinnen oder Meisterinnen in Ostdeutschland hatten einen Vater, der eine vergleichbare berufliche Position innehatte (jeweils Zeitraum 2000–2010).

— *Schaubild AB 06/1*: **Vererbungsrate** (Prozentanteil der Väter, deren Söhne und Töchter dieselbe Position einnehmen)

Männer	— Westdeutschland				— Ostdeutschland	
	1976–1980	1981–1990	1991–1999	2000–2010	1991–1999	2000–2010
Obere Dienstleistungsklasse	44	49	46	42	26	27
Untere Dienstleistungsklasse	37	31	31	31	19	24
Einfache Routine-Tätigkeit	11	16	13	16	22	21
Selbständige	21	26	21	20	—	—
Landwirte	21	21	25	16	—	—
Facharbeiter / Meister	49	48	50	41	63	54
Ungelernte Arbeiter / Tätigkeiten	25	27	24	30	18	29
Frauen						
Obere Dienstleistungsklasse	15	26	28	32	21	25
Untere Dienstleistungsklasse	41	33	38	39	37	40
Einfache Routine-Tätigkeit	38	46	38	42	—	33
Selbständige	12	11	15	12	24	—
Landwirte	12	10	9	9	—	—
Facharbeiter / Meister	9	8	11	8	22	17
Ungelernte Arbeiter / Tätigkeiten	47	45	38	39	36	33

— *Schaubild AB 06/2*: **Selbstrekrutierungsrate** (Prozentanteil von Männern und Frauen, deren Väter dieselbe Position einnehmen)

Männer	— Westdeutschland				— Ostdeutschland	
	1976–1980	1981–1990	1991–1999	2000–2010	1991–1999	2000–2010
Obere Dienstleistungsklasse	28	23	28	25	19	30
Untere Dienstleistungsklasse	18	17	16	17	20	20
Einfache Routine-Tätigkeit	11	16	13	16	—	—
Selbständige	36	36	24	20	17	10
Landwirte	91	92	92	80	—	—
Facharbeiter (Meister)	46	48	54	50	55	59
Ungelernte Arbeiter / Tätigkeiten	38	33	36	39	32	31
Frauen						
Obere Dienstleistungsklasse	31	32	32	27	24	31
Untere Dienstleistungsklasse	18	17	16	15	16	19
Einfache Routine-Tätigkeit	13	15	12	14	—	7
Selbständige	21	20	23	15	20	—
Landwirte	76	63	65	59	—	—
Facharbeiter / Meister	43	43	47	45	51	59
Ungelernte Arbeiter / Tätigkeiten	27	30	27	30	31	22

— Quellen: Datenreport 2013, S. 192 (Schaubild oben) und S. 191 (Schaubild unten); © Leitwerk

AB 07 Wer wird hier benachteiligt? Diskriminierung und Chancengleichheit

— Schaubild AB 07/1: Beispiele für Diskriminierungen im Alltag

— Merkmal	— Wer ist gemeint?	— Beispiele für nicht zulässige Verletzung
Geschlecht	Mann und Frau	<ul style="list-style-type: none">– ein junger Mann wird eher eingestellt als eine junge Frau, weil man fürchtet, dass sie bald Kinder bekommen wird– als Bedienung wird eine hübsche Frau statt eines Mannes eingestellt, weil der Besitzer \ddot{a} hofft, dadurch den Konsum seiner männlichen Besucher zu erhöhen
Abstammung/Rasse	Ausländer \ddot{a} , Unterschichten, Niedrigkastige	<ul style="list-style-type: none">– in einem Fünf-Sterne-Hotel wird der Sohn\ddot{a} eines Müllmanns\ddot{a} als Empfangschef\ddot{a} trotz bester Referenzen nicht eingestellt, weil er\ddot{a} angeblich keine gute Kinderstube hatte– in einem indischen Dorf darf sich ein Kastenloser\ddot{a} nicht zu politischen Themen äußern
Behinderung	Menschen mit geistigen oder körperlichen Behinderungen	<ul style="list-style-type: none">– eine Rollstuhlfahrerin\ddot{a} kann alleine keine Behördengänge erledigen, weil es in den öffentlichen Gebäuden nur Treppen gibt– ein Blinder\ddot{a} kann sich in seiner\ddot{a} Heimatstadt kaum alleine bewegen, weil die Fußgängerampeln nicht mit Signaltönen ausgestattet sind
Glauben/religiöse Anschauung	Muslime \ddot{a} , religiöse Minderheiten	<ul style="list-style-type: none">– als Einstellung wird verlangt, dass man Kirchenmitglied ist (hier gibt es allerdings in Deutschland Ausnahmen)– ein Vermieter\ddot{a} kündigt einer Familie, weil die Eltern auf dem Balkon ein großes Kreuz aufgestellt haben, um zu zeigen, dass sie Christen\ddot{a} sind
Sprache	Minderheiten mit eigenen Sprachen (aber auch verletzende Ausdrücke)	<ul style="list-style-type: none">– ein Asylbewerber\ddot{a} aus Ghana wird als Nigger beschimpft
politische Anschauung	Andersdenkende	<ul style="list-style-type: none">– ein Lehrer\ddot{a} wird nicht in den Schuldienst übernommen, weil er\ddot{a} einer Antifa-Gruppe angehört (seine\ddot{a} Leistung als Lehrer\ddot{a} bleiben unberücksichtigt)
Heimat und Herkunft	Ausländer \ddot{a}	<ul style="list-style-type: none">– ein Unternehmer\ddot{a} stellt nur deutsche Arbeiter\ddot{a} ein– eine ostdeutsche Buchhalterin\ddot{a} wird in einem westdeutschen Betrieb bei einer Bewerbung mit Verweis auf ihre\ddot{a} ostdeutsche Herkunft nicht eingestellt

— Quelle: Autorentext; © Leitwerk

AB 07 Wer wird hier benachteiligt? Diskriminierung und Chancengleichheit (Fortsetzung)

➔ Hinweis zum Lesen der Tabellen: *Zu Schaubild AB 07/2:* Nur 5,5 % der Gymnasiasten, aber 29,1 % der Hauptschüler hatten 2011 Eltern, die über keinen beruflichen Abschluss verfügen. *Zu Schaubild AB 07/4:* Die drei Risikolagen beziehen sich auf die Eltern bzw. den Familienhaushalt. 37,1 % aller Hauptschüler lebten 2012 in einer Familie, deren Familieneinkommen weniger als 60 % des Durchschnittseinkommens betrug.

— Schaubild AB 07/2: Anteil von Schülern nach Schulart und höchstem beruflichen Bildungsabschluss der Eltern 2011 (in Prozent)

	— Lehre/Berufsausbildung im dualen System	— Fachschulabschluss	— (Fach-) Hochschulabschluss	— ohne beruflichen Bildungsabschluss
Grundschule	48,2	14,4	23,9	13,3
Hauptschule	56,5	9,2	4,8	29,1
Realschule	61,2	14,6	11,6	12,4
Gymnasium	37,8	17,0	39,6	5,5
sonstige allgemeinbildende Schule	35,0	12,8	15,5	18,5
Berufsschule	63,0	14,8	9,2	12,8

— Quelle: Datenreport 2013, S. 77; © Leitwerk

— Schaubild AB 07/3: Anteil von Schülern, die von einer Risikolage betroffen sind, je Schulart 2012 (in Prozent)

	— Soziales Risiko (Eltern von Erwerbslosigkeit betroffen)	— Kulturelles Risiko (Alleinerzieher oder niedriger Schulabschluss)	— Ökonomisches Risiko (armutsgefährdet)	— betroffen von mindestens einem Risiko	— betroffen von allen drei Risiken
Grundschule	9,3	12,1	21,2	28,5	3,0
Hauptschule	15,3	29,7	37,1	50,3	7,7
Realschule	7,2	11,3	23,5	30,3	2,0
Gymnasium	3,6	4,7	14,3	17,8	0,7
Berufsschule	7,5	12,6	15,6	26,3	1,9

— Quelle: Bildung in Deutschland 2014 (Online-Zusatztabellen) unter: www.bildungsbericht.de/daten2014/h3_2014.xls; © Leitwerk

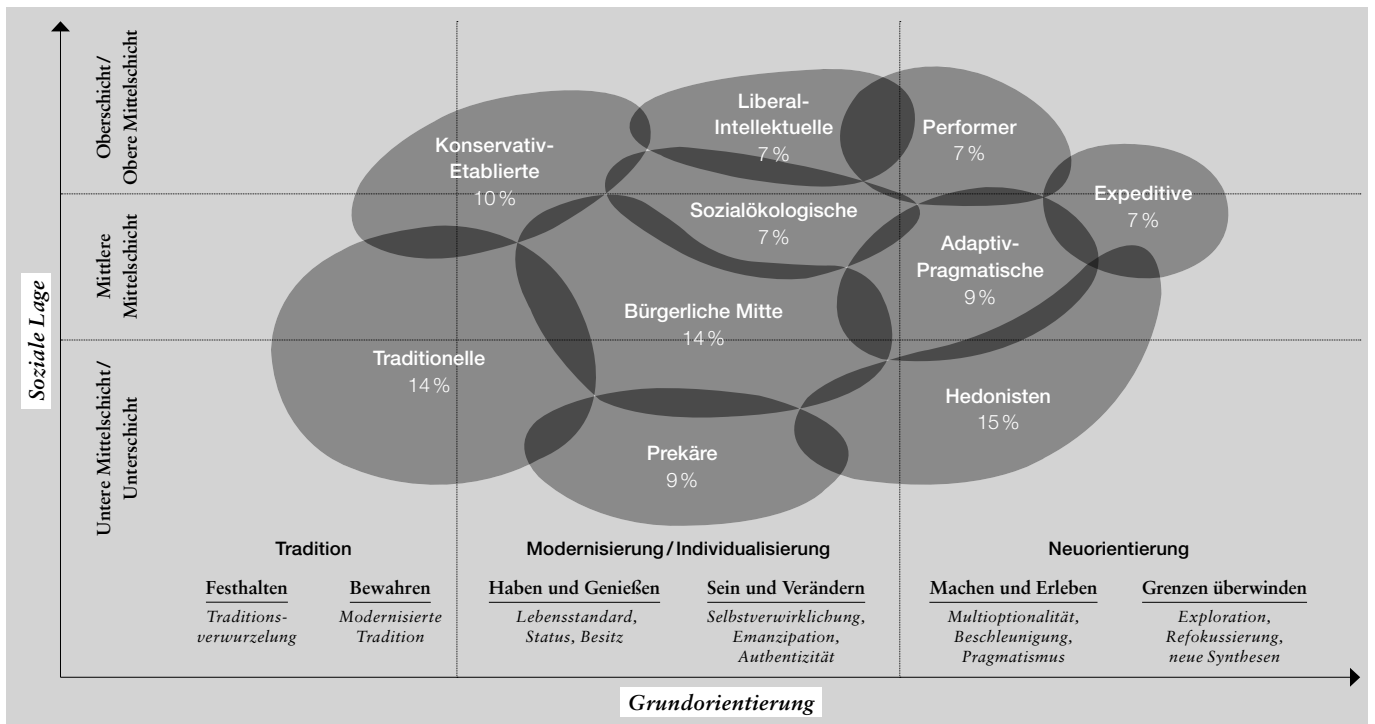
— Schaubild AB 07/4: Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund je Schulart 2011 (in Prozent)

	— ohne	— mit	— Türkei	— andere ehemalige Anwerberstaaten (z.B. Griechenland, Spanien, Jugoslawien)	— andere EU-Staaten
Grundschule	67,2	32,1	6,9		7,8
Hauptschule	55,4	44,6	14,1		8,7
Realschule	70,2	29,8	7,5		6,4
Gymnasium	76,0	24,0	4,0		5,9
Berufsschule	76,0	24,0	6,0		4,6

— Quelle: Datenreport 2013, S. 77; © Leitwerk

AB 11 Wer wohnt denn hier? Soziale Milieus in Deutschland (2)

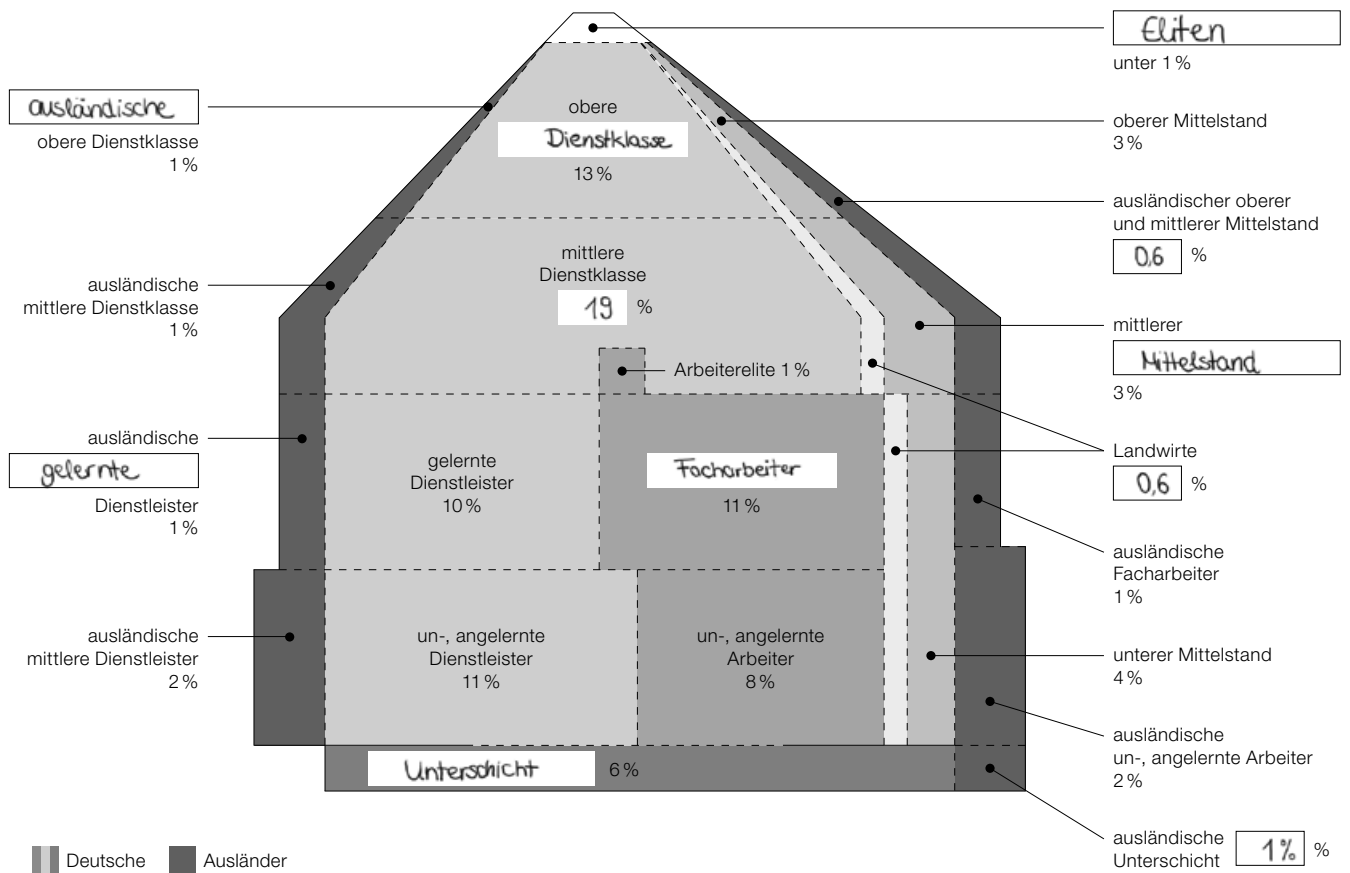
— Schaubild AB 11/1: Die Sinus-Milieus in Deutschland 2014



— Quelle: www.sinus-institut.de > Sinus-Milieus 2014; © Leitwerk

AB 12 Schicht um Schicht? Soziale Schichten und Sozialstruktur

— Schaubild AB 12/1: Soziale Schichtung der westdeutschen Bevölkerung 2012 (nach Rainer Geißler)



— Quelle: nach: Rainer Geißler: Die Sozialstruktur Deutschlands, Springer VS, Wiesbaden, 7. Auflage 2014, S. 101; Datenbasis: Microzensus 2009, berechnet von Sonja Weber-Menges; © Leitwerk

HINWEIS

Auf dem Arbeitsblatt
fehlt ein Mal die Angabe „0,6 %“;
sie hätte zwei Mal
aufgeführt werden müssen.

AB 13 Was passiert denn da? Sozialer Wandel

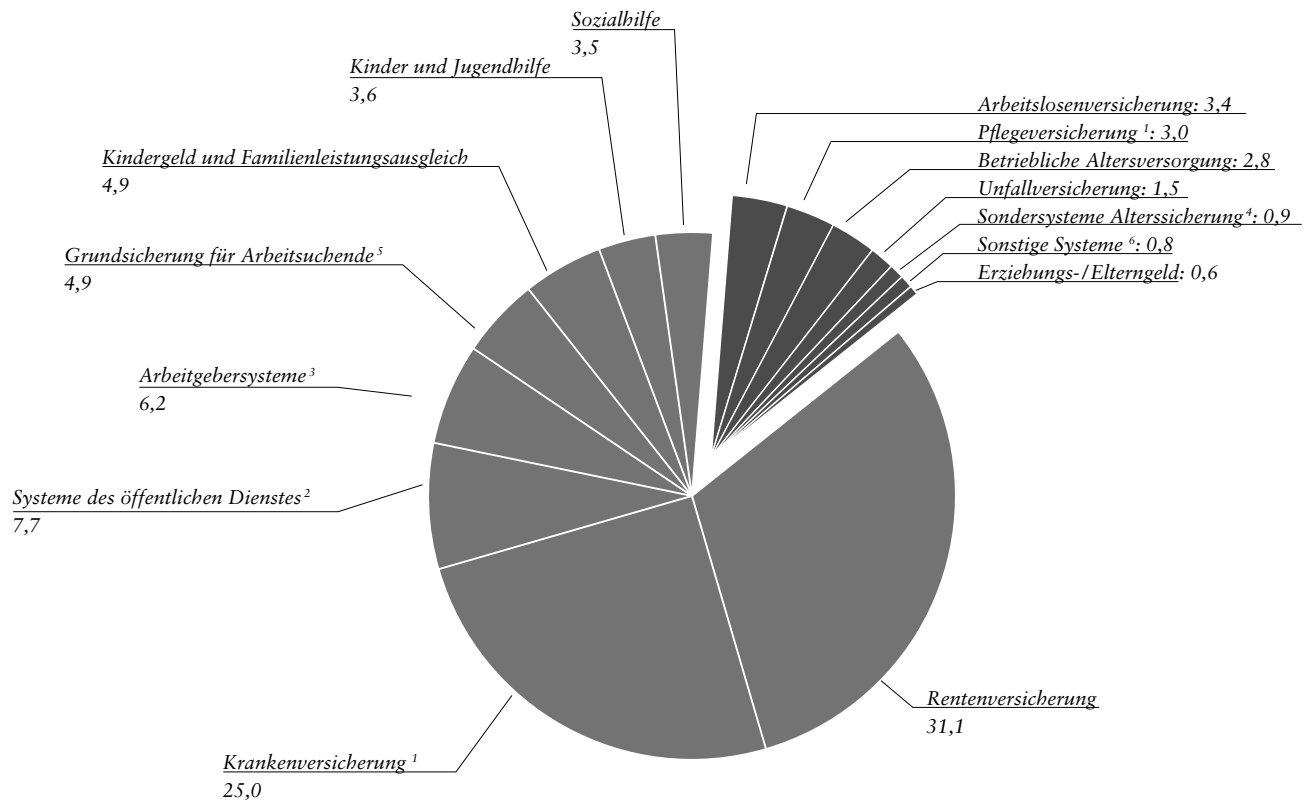
— Schaubild AB 13/1: Auswirkungen des Sozialen Wandels

— Bereiche des Sozialen Wandels	— Konkrete Beispiele	— Auswirkungen
Technischer Fortschritt	<ul style="list-style-type: none"> – Einsatz von Industrierobotern – Einsatz von Computern – Erfindung von Flugzeugen 	<ul style="list-style-type: none"> – weniger Arbeitskräfte werden benötigt – bessere Kommunikationsmöglichkeiten weltweit – bessere / schnellere Reisemöglichkeiten
Wirtschaftsordnung	<ul style="list-style-type: none"> – Ab 1990: Von der Planwirtschaft DDR zur sozialen Marktwirtschaft – Industrialisierung – Globalisierung 	<ul style="list-style-type: none"> – steigende Arbeitslosenzahlen; Veränderung in der Erwerbsstruktur – Zunahme der Industriearbeiter; Zuzug in die Städte (Entstehung von Ballungszentren, z.B. Ruhrgebiet); Zunahme der Arbeitsteilung (neue Berufe entstehen) – internationale Arbeitsteilung; steigender Wettbewerbsdruck; Verlagerung von Arbeitsplätzen
Politische Ordnung	<ul style="list-style-type: none"> – friedliche Revolution in der DDR – Deutschland als Sozialstaat – Bürokratisierung 	<ul style="list-style-type: none"> – Übergang von einer Diktatur zu einer Demokratie – Aufbau eines sozialen Netzes – neue Berufsgruppe (öffentlicher Dienst) und Machtfaktor
Individualisierung	<ul style="list-style-type: none"> – mehr Menschen leben als Single – Vielfaltigkeit der Lebensstile – mehr selbstbestimmtes Handeln 	<ul style="list-style-type: none"> – weniger Familien und Rückgang der Geburtenrate – Pluralisierung der Lebensformen (Alleinerziehende, Patchworkfamilien) und Werteorientierungen – Unabhängigkeit und Eigenständigkeit gewinnen an Bedeutung
Säkularisierung	<ul style="list-style-type: none"> – Kirchnaustritte – abnehmende Religiosität – Trennung von Staat und Kirche 	<ul style="list-style-type: none"> – Bedeutungsverlust christlicher Werte – weniger Kirchenbesuche; weniger Menschen glauben an einen Gott – Zurückdrängung des Einflusses der Kirchen; Gegenbewegung Radikalisierung in bestimmten Glaubensgemeinschaften
Kultur / Medien	<ul style="list-style-type: none"> – Aufkommen privater Medien – steigendes Bildungsniveau – mehr Freizeit 	<ul style="list-style-type: none"> – Mediennutzung wird vielfältiger – höhere Ansprüche an das Kulturangebot – Veränderung des Freizeitverhaltens; Bedeutungsgewinn der freien Zeit
Geschichte	<ul style="list-style-type: none"> – Pfadabhängigkeit – Kriegserfahrung im Bewusstsein eines Landes – Zurückdrängung von Religionen in sozialistischen Gesellschaften (z.B. DDR) 	<ul style="list-style-type: none"> – politische Entscheidungen basieren auf Entscheidungen aus früheren Jahren (z.B. Sozialversicherung seit Bismarck) – innere und äußere Sicherheit wird langfristig als wichtiges Bedürfnis angesehen – langfristiger Bedeutungsverlust von Religionen und Kirchen in diesen Gesellschaften

— Quelle: Autorentext; © Leitwerk

AB 16 Sterben die Deutschen aus? Demografischer Wandel

— Schaubild AB 16/1: Anteile am Sozialbudget 2013 (in Prozent)

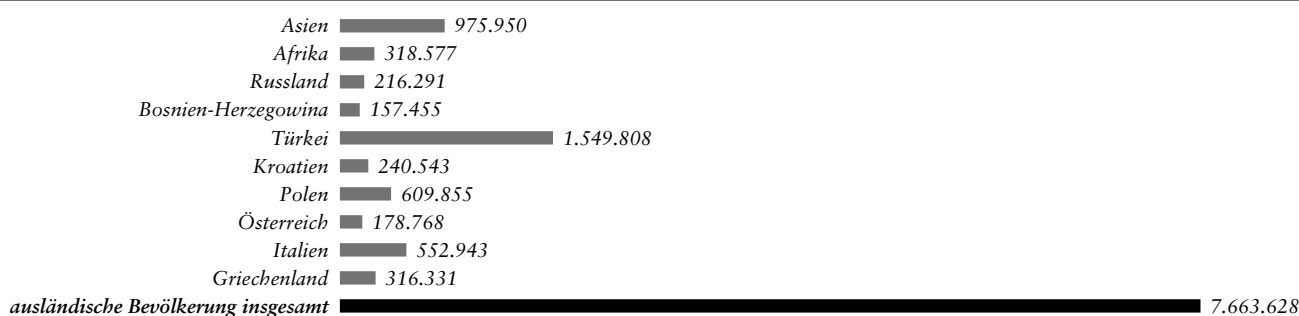


1: Gesetzlich und Privat — 2: Pensionen, Familienzuschläge, Beihilfen
3: Entgeltfortzahlung, Zusatzversorgung des öffentl. Dienstes u.a.m
4: Alterssicherung der Landwirte, Versorgungswerke — 5: einschließlich sonstige Arbeitsförderung
6: Ausbildungs- und Aufstiegsförderung, Wohngeld und Entschädigungssysteme

— Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Sozialbudget 2014, Bonn 2014, S. 6; © Leitwerk

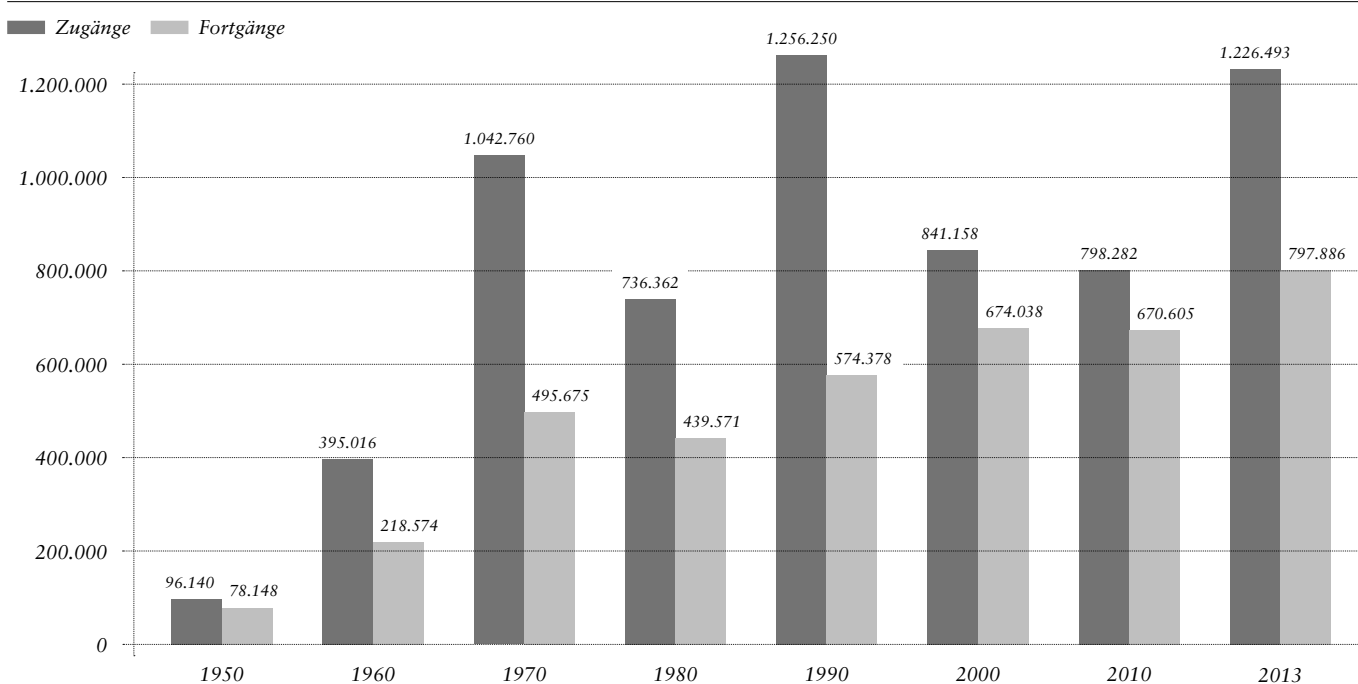
AB 19 Wo kommst du her, wo willst du hin? Ein- und Auswanderung in Deutschland

— Schaubild AB 19/1: Ausgewählte Herkunftsländer der ausländischen Bevölkerung



— Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 2014, S.40; © Leitwerk

— Schaubild AB 19/2: Zugänge aus dem Ausland / Fortgänge nach dem Ausland*

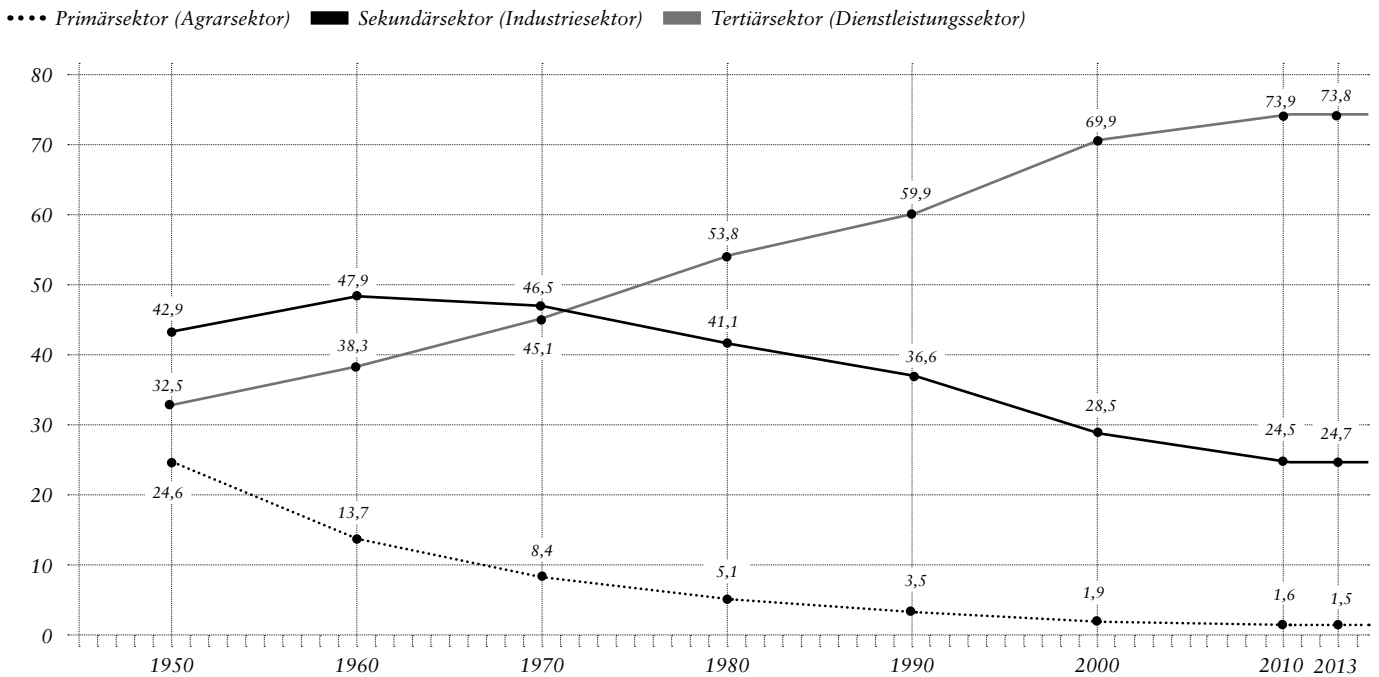


— Quelle: nach Statistisches Bundesamt 2014,
unter: www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Wanderungen/Tabellen/_/lrbev07.html
oder Suche: Bevölkerung > Wanderungen > Anzahl auf www.destatis.de; © Leitwerk

* Bis 1990 Früheres Bundesgebiet,
1950 bis 1957 ohne Saarland.
Bis 1990 ohne Herkunfts-/Zielgebiet
„ungeklärt“ und „ohne Angabe“.

AB 20 Wissen ist Macht?! Leben in der Informations- und Kommunikationsgesellschaft

— Schaubild AB 20/1: Anteil der Beschäftigten nach Wirtschaftssektoren (in Prozent)



— Quelle: nach Statistisches Bundesamt 2014; © Leitwerk

— Weiterführende Links

Statistisches Jahrbuch

www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistischesJahrbuch/StatistischesJahrbuch2014.pdf?__blob=publicationFile

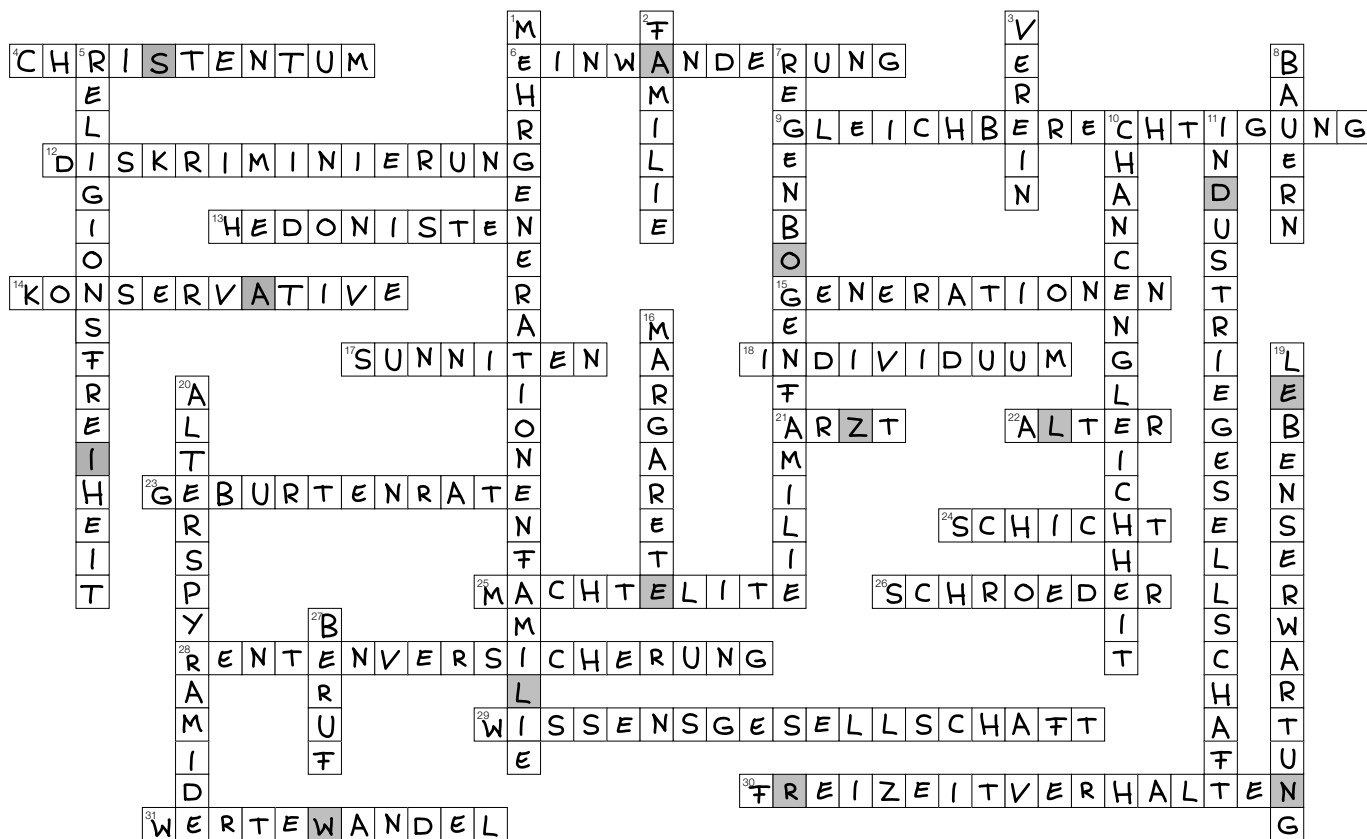
Datenreport 2013

www.bpb.de/173887/datenreport-2013

DIW-Wochenbericht Nr. 3.2013

www.diw.de/documents/publication/73/diw_01.c.414308.de/13-3.pdf

AB 24 Weißt du Bescheid? Ein Kreuzworträtsel zur deutschen Gesellschaft



— **Darum geht's:** In diesem Kreuzworträtsel werden Begriffe gesucht, die dir in den Arbeitsblättern begegnet sind. Das Lösungswort bezeichnet die langfristigen gesellschaftlichen Veränderungen.

Lösungswort: S O Z I A L E R W Ä N D E L

— Waagrecht

- 4. Weltreligion, die in Deutschland die meisten Anhänger* hat
- 6. Eine Form von Migration
- 9. Begriff, wenn Mann und Frau gleichgestellt sind
- 12. Benachteiligung von Gesellschaftsmitgliedern
- 13. Soziales Milieu, in dem Spaß und Lebensfreude eine große Rolle spielen
- 14. Gesellschaftliche Gruppe, bei der traditionelle Werte und Normen eine große Rolle spielen
- 15. Altersgruppen in einer Gesellschaft
- 17. Anhänger* einer bestimmten Glaubensrichtung innerhalb des Islams
- 18. Kleinste Einheit einer Gesellschaft
- 21. In der Gesellschaft hoch angesehene berufliche Tätigkeit
- 22. Biologisches Unterscheidungsmerkmal von Gesellschaftsmitgliedern
- 23. Maßzahl für die Nachkommen in einer Gesellschaft
- 24. Gruppe bei der vertikalen Unterteilung der Gesellschaft
- 25. Begriff für die Spitzengruppe im Schichtmodell
- 26. Nachname eines sozialen Aufstiegers, der von 1998–2005 Bundeskanzler war
- 28. Ein Zweig der sozialen Sicherung
- 29. Gesellschaftsformation, in der die Bedeutung von Bildung besonders betont wird
- 30. Summe aller Freizeitaktivitäten
- 31. Begriffe für die Veränderungen von Werten und Normen in einer Gesellschaft

— Senkrecht

- 1. Lebensform mit mehreren Generationen, die unter dem besonderen Schutz des Staates steht.
- 2. Beispiel für eine soziale Gruppe, die allen sehr nahe steht, ob man es will oder nicht
- 3. Soziale Gruppe mit einem ähnlichen Hobby
- 5. Wird in Art. 4 des Grundgesetzes geregelt
- 7. Begriff für eine gleichgeschlechtliche Lebensform mit Kindern
- 8. Gruppe, die etwa ein Prozent im Schichtmodell ausmacht
- 10. Begriff, wenn alle Gesellschaftsmitglieder gleiche Start- und Aufstiegsmöglichkeiten haben
- 11. Gesellschaftsformation, bei der viele Menschen in herstellenden Betrieben arbeiten
- 16. Vorname einer sozialen Aufsteigerin aus dem 19. Jahrhundert, deren Spielwaren heute noch sehr beliebt sind
- 19. Begriff für das durchschnittliche Alter, das Menschen erreichen
- 20. (Überholter) Begriff für den Aufbau einer Gesellschaft nach Alters- und Geschlechtsmerkmal
- 27. Unterscheidungsmerkmal von Gesellschaftsmitgliedern, welches auch über das Einkommen entscheidet



— Zeichenerklärung: * steht für die weibliche Form des vorangehenden Begriffs